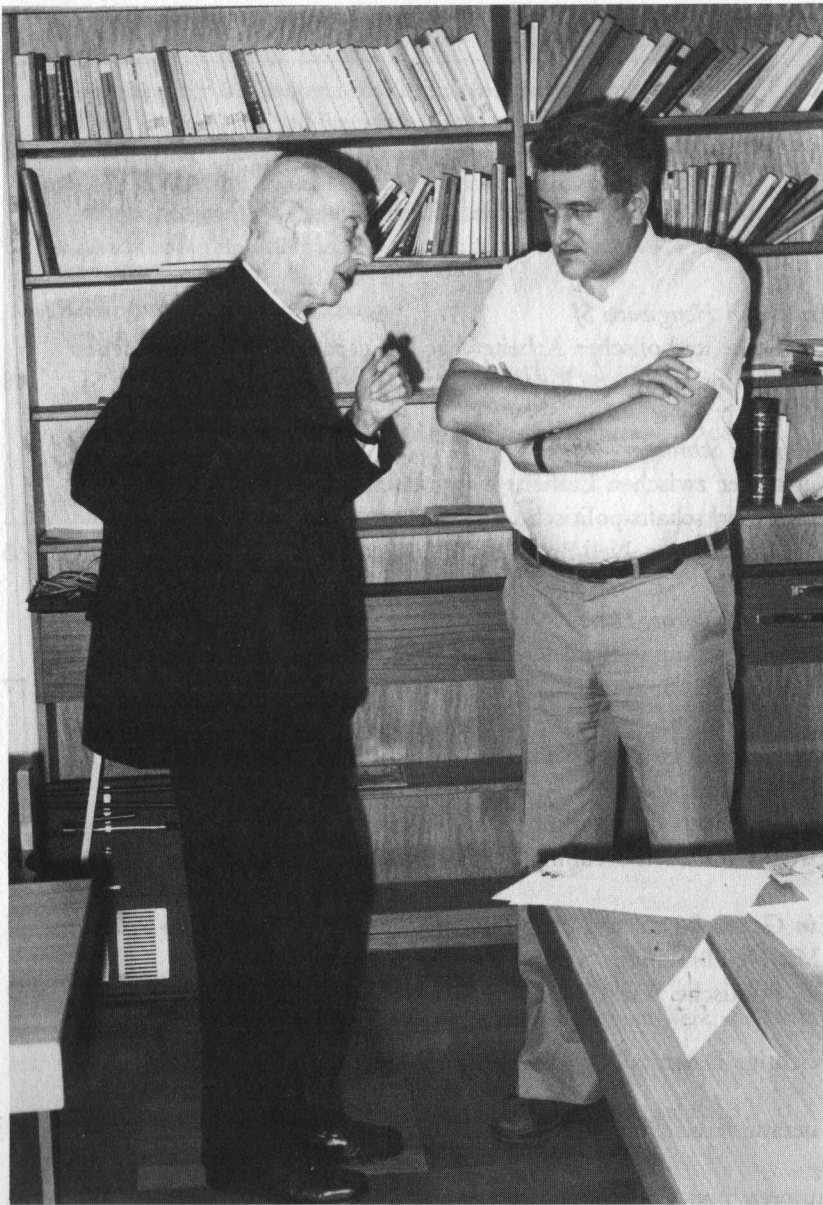


Ein unbekannter Bekannter : eine Auseinandersetzung mit dem Werk von Oswald von Nell-Breuning ; Dokumentation einer Akademietagung / [hrsg. von d. Arbeitsgemeinschaft d. Sozialinst. d. KAB, e. selbständigen Einrichtung d. Kath. Arbeitnehmerbewegung (KAB) Süddeutschlands]. Friedhelm Hengsbach ; Matthias Möhring-Hesse ; Wolfgang Schroeder. – 1. Aufl. – Köln : Ketteler-Verl., 1990
(Reihe: Dokumentationen ; Bd. 2)
ISBN 3-927494-36-4
NE: Hengsbach, Friedhelm [Mitverf.]; Möhring-Hesse, Matthias [Mitverf.]; Schroeder, Wolfgang [Mitverf.]; Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Süddeutschlands / Arbeitsgemeinschaft der Sozialinstitute: Dokumentationen / Arbeitsgemeinschaft der Sozialinstitute der KAB

Hengsbach/Möhring-Hesse/Schroeder,
Ein unbekannter Bekannter – Eine Auseinandersetzung mit dem Werk von Oswald von Nell-Breuning SJ
Reihe: Dokumentationen Band 2
Herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Sozialinstitute der KAB
© Ketteler Verlag, Köln
Alle Rechte vorbehalten. 1. Auflage 1990
Umschlaggestaltung: Alfred Hertrich, Störnstein
Gesamtherstellung: SPINTLER-Druck, Weiden i. d. OPf.
ISBN 3-927494-36-4

Vorwort	7
<i>Friedhelm Hengsbach SJ, Matthias Möhring-Hesse, Wolfgang Schroeder</i>	
Einleitung	9
<i>Friedhelm Hengsbach SJ</i>	
Die Sache katholischer Arbeiter hat ihn gepackt. Werk, kirchliches Umfeld und politische Resonanz von Oswald von Nell-Breuning SJ ..	18
<i>Wolfgang Schroeder</i>	
Vermittler zwischen Einheitsgewerkschaft und Katholizismus. Das gewerkschafts-politische Engagement von Oswald von Nell-Breuning SJ	63
<i>Matthias Möhring-Hesse</i>	
Staatsbürgerkunde für Katholiken. „Katholische Soziallehre“ made-by-Nell-Breuning	77
<i>Ein Gespräch zwischen Friedhelm Hengsbach SJ, Werner Kroh und Heiner Ludwig</i>	
Wegweiser aus dem katholischen Ghetto. Oswald von Nell-Breuning SJ als kirchlicher Intellektueller	108
<i>Ein Gespräch zwischen Iring Fetscher, Alfred Horné und Theo Pirker</i>	
„Mit Nell-Breuning ... dann war die Sache katholisch“. Das politische Wirken Oswald von Nell-Breunings SJ	132
Wichtige Daten zu Oswald von Nell-Breuning SJ	158
Literaturverzeichnis	160
Autoren und Podiumsteilnehmer	166



Prof. Oswald von Nell-Breuning SJ im Gespräch mit Hans Ludwig, Direktor der Sozialinstitute der KAB

Vorwort

Die politisch-soziale Bildungsarbeit, die Arbeiterbildung im allgemeinen und die der KAB im besonderen, haben Oswald von Nell-Breuning zu danken. Sie werden auch künftig seine Gedanken aufzuarbeiten und in der innerkirchlichen sowie gesamtpolitischen Diskussion deutlich und fruchtbar zu machen haben. Ihr Selbstverständnis, das die KAB als „Kirche in der Welt der Arbeit und Stimme der Arbeitnehmer in der Kirche“ sein zu wollen formuliert, finden wir in dem wesentlich von Oswald von Nell-Breuning formulierten Beschlußtext der Gemeinsamen Synode der Bistümer der Bundesrepublik Deutschland „Kirche und Arbeiterschaft“ ausgedrückt. Dort wird der „fortwirkende Skandal“ einer historischen Entfremdung von Arbeiterschaft und Kirche beklagt; dort wird für die angemessene Analyse auch der Gegenwartsgesellschaft die Rezeption von sozialwissenschaftlichen Tatbestandsbeschreibungen auch aus der sozialistischen Tradition für unumgänglich gehalten und dort wird für eine starke Gewerkschaftsbewegung mehr katholisches Engagement gefordert.

Wir wissen um eine zwischenzeitliche Entfremdung der KAB gegenüber dem von vielen als Nestor der Katholischen Soziallehre gekennzeichneten Oswald von Nell-Breuning: als die KAB auf Standwerdungs-Vorstellungen fixiert blieb, als sie die Klassenanalyse der Gesellschaft und das Klassenbewußtsein der Industriearbeiterschaft seit Gustav Gundlach und Qdragesimo Anno (1931) zunächst mißverstand und erst später zur Wahrnehmung und Anerkennung seiner Interpretation veranlaßt wurde. An seinen Überlegungen orientiert sich auch unsere gemeinsame und nachdrückliche Verteidigung einer einigen Gewerkschaftsbewegung, frei von den ideologischen Zerstrittenheiten und der gesellschaftspolitischen Schwäche von Richtungsgewerkschaften. Entsprechend verteidigen wir auch die Befreiung kirchlichen Selbstverständnisses von einseitigen parteipolitischen Rückbindungen und suchen die argumentative Auseinandersetzung mit der Pluralität konkurrierender politischer Parteien.

Das Katholische Sozialinstitut (damals noch in Freising) hat daher vor Jahren z. B. zusammen mit Pater Oswald von Nell-Breuning ein gemeinsames Seminar mit der Georg-von-Vollmar-Akademie Kochel zur Geschichte des Verhältnisses von Arbeiterbewegung, katholischer Kirche und demokratischem Sozialismus gemacht.

Jede Bildungsarbeit und jegliche politische Arbeit, die sich an der Katholischen Soziallehre orientiert, wird sich schließlich berufen auf seine Überlegungen zum Umlageverfahren des Generationsvertrages in der gesetzlichen Rentenversicherung, das z. Z. vor allem diejenigen sozial und finanziell sehr benachteiligt, die zum Fortbestand des Generationenvertrages am meisten beitragen. Die Vorstöße des süddeutschen Verbandes der KAB, Haus- und Familienarbeit nach regulären und sozial gerechten Größenordnungen zu vergüten, gehen darauf zurück. Ebenso werden die Vorstellungen des westdeutschen Verbandes der KAB zu einer neuen Unternehmensverfassung von ihm geprägt.

Ein gemeinsames Seminar anlässlich seines 100. Geburtstages, das sich mit seinem Werk und mit ihm als Politiker, Wissenschaftler und katholischem Intellektuellen auseinandersetzt, wird hier dokumentiert. Wir meinen, daß es eine angemessene Weise ist, sein Werk zu würdigen. Dieses Buch ist unser gemeinsamer Beitrag zu diesem außergewöhnlichen Geburtstag.

Hedwig Fischer

Karl Nothof

Konrad Seidl

Hans Ludwig

Heiner Ludwig

Katholische Arbeit-
nehmerbewegung
Süddeutschlands

Sozialinstitute
der KAB
Vohenstrauß

Kath. Bildungswerk
Referat Kirche und
Arbeiterschaft Frankfurt

Einleitung

Der Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning beging am 8. März 1990 seinen hundertsten Geburtstag. Gefeierte wurde er als der „Nestor der katholischen Soziallehre“ von Bischöfen und kirchlichen Vereinen, von Gewerkschaften und Parteien, von wissenschaftlichen und politischen Institutionen. Anlässlich seines Geburtstages würdigten ihn der „Rheinischer Merkur“ und „Publik-Forum“, der „Pflasterstrand“ und die „F.A.Z.“; auch die „Stimmen der Zeit“ und die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Ihm wird die herausragende Bedeutung eines politischen Intellektuellen zugesprochen, dessen Wirken für soziale Gerechtigkeit und „Gemeinwohl“ steht. Gleichzeitig werden die erstaunliche Breite seiner wissenschaftlichen Kompetenzen sowie seine hohe politische Sensibilität gewürdigt. Nell-Breuning lehrte nicht nur über „Politik“, sondern er machte sie auch „in erster Person“. Harte Auseinandersetzungen scheute er nicht; politisch intervenierend griff er in gesellschaftliche Kontroversen ein. In diesem Sinne wirkte er als kirchlich gebundener Intellektueller in der bundesdeutschen Politik.

Man kennt ihn, den alten Jesuitenpater aus Frankfurt. Mit seinem Namen verbinden viele sozial und politisch Interessierte feste Vorstellungen: progressiver Kirchenmann, Gewerkschaftsfreund, sozialpolitischer Reformator ... Nell-Breuning ist also für viele ein Bekannter.

Ein Jahr vor dem hundertsten Jubiläum des ersten päpstlichen Sozialrundschriftens „Rerum Novarum“ (1891) kann Oswald von Nell-Breuning seinen hundertsten Geburtstag feiern. Damit kommt er erneut der offiziellen Sozialverkündigung der kirchlichen Hierarchie zuvor, die — so sein Vorwurf in Richtung Rom — ja schon damals „zu spät“¹ gekommen sei. Trotz diesem und anderer Versagen war er der katholischen Kirche und ihrer Soziallehre Zeit seines Lebens praktisch und wissenschaftlich innig verbunden.

Zwei weitere Jubiläen dieses Jahres sind ebenfalls erwähnenswert, weil auch sie Schlaglichter auf Werk und Wirken Nell-Breunings werfen. Zunächst einmal blickt der Katholizismus in diesem Jahr auf den 1890 gegründeten „Volkverein für das katholische Deutschland“ zurück. Diese Organisation leistete während ihrer dreiundvierzigjährigen Existenz durch intensive

Bildungs- und Schulungsarbeit einen entscheidenden Beitrag dazu, den sozialen und politischen Katholizismus in Deutschland auf die ökonomische und politische Veränderungen in der modernen Gesellschaft einzustimmen. In der Tradition des Volksvereins steht auch Oswald von Nell-Breunings Werk, der seit den zwanziger Jahren auch einen regen Kontakt mit dem Verein pflegte.²

Sein hundertjähriges Bestehen feiert auch der Deutsche Gewerkschaftsbund. Mit der 1890 erfolgten Bildung der „Generalkommission“, dem ersten dauerhaften gewerkschaftlichen Dachverband, wurde eine entscheidende Weichenstellung für den Weg der organisierten Arbeiterbewegung unter industriekapitalistischen Bedingungen gesetzt. 1890 war der Gewerkschaftsgedanke in der katholischen Kirche und im Katholizismus umstritten. Der Gegensatz zwischen Sozialismus und Katholizismus verhinderte eine einheitliche Organisation aller abhängig Beschäftigten. Kirchenamtliche Barrieren einer eigenständigen Organisation katholischer Christen in Gewerkschaften sowie die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in weltanschaulichen Richtungsgewerkschaften hat Nell-Breuning später kritisiert und dagegen den Gedanken der Einheitsgewerkschaft verteidigt. Sein Engagement für ein besseres Verhältnis von Katholizismus und Einheitsgewerkschaft wurde 1980 mit dem Hans-Böckler-Preis, der höchsten Ehrung des DGBs, gewürdigt.³

Am 8. März 1890 wurde Oswald von Nell-Breuning als Sohn einer Trierer Gutsbesitzerfamilie geboren. Nach dem Besuch des humanistischen Gymnasiums beschloß er, Priester zu werden. Zunächst begann er aber seine Studien in den Fächern der theoretischen Physik und Mathematik. Was für uns heute erstaunlich ist, war für einen angehenden Priester in der Zeit scharfer Auseinandersetzung der Kirche mit den modernen Naturwissenschaften nicht außergewöhnlich. Nach vier naturwissenschaftlichen Semestern studierte er schließlich Philosophie und Theologie, später dann noch Rechtswissenschaft und — in einem autodidaktisch organisierten Studium — Nationalökonomie. Während seines Studiums trat er 1911 in die Gesellschaft Jesu ein; 10 Jahre später wurde er zum Priester geweiht.

Sein Interesse an sozialpolitischen Fragen wurde, wie er erzählte, als Jugendlicher und Student durch die Erfahrung des innerkirchlichen Gewerkschaftsstreits, sowie dann später durch die Priester Carl Sonnenschein (1876-1929) und Ludwig Wolker (1887-1955) geweckt. Während Sonnen-

schein ihn in die „soziale Studentenarbeit“ einführte, verschaffte ihm Wolker einen Zugang zur Arbeiterbildung. Nach seinen Studien sah der Jesuitenorden für Pater von Nell-Breuning eine wissenschaftliche Laufbahn vor. Sie begann aber nicht an der Universität, sondern als Aufsatzschreiber und Vortragsreisender. Um die Jesuiten, die in Deutschland erst seit 1917 wieder offiziell zugelassen waren, ins öffentliche Bewußtsein zu bringen, bildete sich in Düsseldorf eine Gruppe von Ordensbrüdern, die mit Vorträgen von Stadt zu Stadt zogen. Ihre inoffizielle Bezeichnung lautete: Rede und Reise AG, abgekürzt: Rurag. Einer von ihnen war Nell-Breuning. Der „junge“ Nell-Breuning wirkte also bereits in den zwanziger Jahren als engagierter Arbeiter- und Erwachsenenbildner.

Zunehmend beschäftigte er sich angesichts von Inflation und Grundstücksspekulationen Ende der Weimarer Republik mit Fragen der Geld- und Bodenpolitik: Börse, Bank und Boden wurden zunächst zu Hauptthemen seiner Vorträge und Veröffentlichungen. Sein ökonomischer Sachverstand machte in bald zu einem gefragten (wenn auch nicht immer geliebten) Ratgeber und Referenten im „Volksverein für das katholische Deutschland“, in den Christlichen Gewerkschaften, in Konsum-, Bau-, und Siedlungsgenossenschaften und in den katholischen Standesorganisationen. Nell-Breunings erste große wissenschaftliche Veröffentlichung war seine 1928 an der theologischen Fakultät zu Münster verfaßte Promotionsschrift: „Grundzüge der Börsenmoral“. Noch im gleichen Jahr wurde er als Professor für Moraltheologie, Kirchenrecht und Gesellschaftswissenschaften an die Philosophisch-Theologische Hochschule St. Georgen nach Frankfurt/M. gerufen. Dieser Aufgabe ging er über 40 Jahre lang nach. Nur zwei Jahre nach seiner Ernennung zum Ordinarius, also im Jahre 1930, wurde er durch die Leitung des Jesuitenordens mit dem Entwurf des Sozialrundschriftens „Quadragesimo Anno“ für Papst Pius XI. beauftragt. Der Kern dieser Enzyklika, gleichsam das Leitbild katholischer Gesellschaftspolitik war die Überwindung „der Auseinandersetzung zwischen den Klassen“ hin zur ihrer „einträchtigen Zusammenarbeit“. Seine Vorarbeiten für diese Enzyklika stellten den ersten Höhepunkt in Nell-Breunings Biographie als gesellschaftspolitischer Berater für Funktionäre von Kirche, Regierung, Parteien und Verbänden dar.

Mit seinen Vorträgen und Artikeln fiel er als wirtschafts- und finanzwissenschaftlicher Fachmann auf. Durch seine Vorarbeiten und seinem Kommentar zur Enzyklika „Quadragesimo Anno“ rückte er in den Kreis der

profiliersten katholischen Gesellschaftstheoretiker. Aussagen über seine wissenschaftlichen Lehrer zu machen, fällt aber schwer, da er sich selbst in seinen frühesten Schriften nicht ausdrücklich auf einen oder mehrere Lehrer bezog. Bei aller Kritik, die er im einzelnen an Adolf Wagner (1835-1917), Heinrich Pesch (1854-1926), Adolf Weber (1876-1963), Gustav Gundlach (1892-1963) und Götz Briefs (1889-1973) übte, sprechen seine Arbeiten dafür, daß er von ihnen wichtige theoretische Anstöße erhielt. Mit den wichtigsten katholischen Sozialwissenschaftlern traf er sich in dem sogenannten „Königswinterer Kreis“ während der Weimarer Republik regelmäßig. Obwohl Nell-Breuning selber kein originärer Theoretiker ist — und nicht beansprucht, es zu sein — war seine Rezeption stets kreativ.

Über seine Haltung und Arbeit während der NS-Zeit wissen wir sehr wenig. In einem Interview berichtete er einmal: „Schreibverbot habe ich niemals gehabt, allerdings mußte ich meine Veröffentlichungen praktisch einstellen, weil sie unfehlbar sofort eingezogen worden wären. (...) Ich mußte damals für die Finanzverwaltung meines Ordens tätig werden, aber auch andere Orden und Genossenschaften beraten. Bei dieser Tätigkeit habe ich mir wegen angeblicher Erschleichung von Devisengenehmigungen im Jahr 1936 Strafverfolgung zugezogen. Nach einer 6 Tage dauernden Vernehmung hat es dann 7 Jahre gedauert, bis die Anklage erhoben wurde, dann mußte sie aber wegen Eilbedürftigkeit vor dem Sondergericht behandelt werden. Ich wurde zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, schließlich mit einem Haftunfähigkeitszeugnis des Leibarztes des Gauleiters von München von der Strafe verschont; später ist das Urteil natürlich aufgehoben worden.“⁴ In seinen Beiträgen nach 1945 bleibt der Nationalsozialismus unberücksichtigt.

In den ersten beiden Nachkriegsjahren wurde Nell-Breuning erneut in der Finanzverwaltung des Ordens engagiert. Darüberhinaus war er in diesen Jahren intensiv mit der organisatorischen und konzeptionellen Entwicklung des sozialen Katholizismus befaßt. Beispiele hierfür sind sein Engagement für die CAJ und das Betriebsmännerwerk, sowie seine 1945/46 in Köln unternommenen Anstrengungen für den Aufbau eines „Erzbischöflichen sozialen Lehr- und Forschungsinstituts“. Nur langsam jedoch fand er in den Nachkriegsjahren einen Einstieg als Berater und Referent in den sozialen Katholizismus. Hilfreich waren dabei seine Bekanntheit, die er sich in der Weimarer Zeit erworben hatte, seine zahlreichen Auslegungen von „Quadragesimo Anno“ und die von ihm ausgearbeiteten Schulungsmaterialien (u.a. „Wörter-

buch zur Politik“ 1947-50). Mit seinen gesellschaftspolitischen Neuordnungsvorschlägen fand er dann auch eine breitere kirchliche und öffentliche Aufmerksamkeit. Als dann mit der Gründung der Bundesrepublik die Zeiten der großen politischen Neuerungen abgelaufen waren, schlug seine staatsmännische Stunde. Gegen politische Reklamationen von links (Westintegration) und rechts (Einheitsgewerkschaft) kam Nell-Breuning gar manches Mal in die Verlegenheit, die Funktion einer Feuerwehr zu übernehmen.

Gegen Ende der vierziger Jahre traten neben die Lehrtätigkeit an der Jesuitenhochschule St. Georgen weitere Verpflichtungen an der „Akademie der Arbeit“, einer Ausbildungsstätte für angehende Gewerkschaftssekretäre in Frankfurt/M., sowie an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität. Neben seinen akademischen Pflichten und seinen zahllosen Vorträgen, folgte er einem Ruf in die wissenschaftlichen Beiräte des Bundeswirtschaftsministeriums (1948-1965), des Bundeswohnungsbauministeriums (1950-58), sowie des Bundesministeriums für Familien- und Jugendfragen (1959-1961). Vor allem im wirtschaftswissenschaftlichen Beirat erhielt seine politische Beraterstätigkeit einen festen Ort. Trotz traditioneller Spannungen zwischen Katholizismus und Sozialdemokratie pflegte Nell-Breuning bereits frühzeitig intensive Kontakte mit einzelnen Sozialdemokraten, etwa mit W. Eichler, G. Weisser und H.-D. Ortlieb. Nell-Breuning mußte feststellen, daß deren Vorstellung vom „demokratischen Sozialismus“ nun überhaupt nicht zur Verurteilung des Sozialismus paßte, die er selbst noch in „Quadragesimo Anno“ eingeführt hatte. Auf einer berühmten Tagung der katholischen Akademie Bayern zum Thema „Christentum und Sozialismus“ trug er im offenen Gegensatz zu seinem Mitbruder Gundlach eine versöhnlichere Position zum demokratischen Sozialismus vor. Mit der Godesberger SPD konnte er sich dann endgültig anfreunden; ihr Parteiprogramm enthalte — so ein inzwischen geflügeltes Wort — ein „Kompendium der katholischen Soziallehre“.

Seit den fünfziger Jahren engagierte sich Nell-Breuning in den Diskussionen über Mitbestimmung und Vermögensbildung. Dabei profilierte er sich als ein entschiedener und kenntnisreicher Befürworter sowohl einer Umverteilung von Produktivvermögen, wie auch einer qualifizierten Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben und Unternehmen. Eine exponierte Position nahm er auch in der Debatte um die Einheitsgewerkschaften ein: Innerhalb der katholischen Kirche und des Katholizismus verteidigte er die

Einheitsgewerkschaft und forderte die katholischen Christen zur Mitarbeit im DGB auf. Gegenüber den Gewerkschaften dagegen betrieb er — wie z.B. in der Agartz-Kontroverse — eine Politik der Ausgrenzung von radikal-demokratischen Politikorientierungen.

Seine Positionen als Gesellschaftslehrer, Sozial- und Wirtschaftsexperte waren innerhalb von Kirche und Katholizismus zunächst umstritten, kirchlich nicht selten isoliert. Auf der Synode der westdeutschen Bistümer in Würzburg (1971-75) erfuhr Nell-Breuning seine späte kirchliche Ehrung. Seine Positionen flossen trotz heftiger Anfeindungen in das Synodenvotum „Kirche und Arbeiterschaft“ ein; die Mehrheit der Synodalen konnte die fortwirkende Entfremdung von Kirche und Arbeiterschaft und die historische Bedeutung von Karl Marx anerkennen. Die Synode wurde zum Auftakt zunehmender kirchlicher Anerkennung. Zu seinem 90ten Geburtstag überreichte ihm etwa Kardinal Höffner die erste Bonifatiusplakette als Dankerweis der deutschen Bischofskonferenz. Im Zeitalter der sozialliberalen Koalition erkannte die offizielle Kirche den „Freund der Gewerkschaften und der SPD“ als den „Nestor“ ihrer Soziallehre an.

Im Tarifstreit der Metallindustrie 1984 um die „35-Stunden-Woche“ intervenierte der inzwischen 94jährige noch einmal in gewohnter Weise. Inmitten harter Auseinandersetzungen plädierte er für eine weitreichende Verkürzung der Arbeitszeit, ohne jedoch den von den Gewerkschaften geforderten Lohnausgleich zu akzeptieren. Trotz unterschiedlicher Positionen konnten sich beide Tarifparteien und ihre Unterstützer legitimatorisch auf ihn beziehen; doch keiner konnte ihn für die eigene Position vereinnahmen. Diese Konstellation scheint uns typisch für das politische Wirken Nell-Breunings.

Heute beziehen sich fast alle gesellschaftlichen Kräfte in irgendeiner Weise positiv auf sein Werk. Doch bleibt der „Eigensinn“ seiner Positionen dabei häufig verborgen, wird vielleicht bewußt verdeckt. Nicht selten rückt man sich nämlich in politischen Auseinandersetzungen „seinen“ Nell-Breuning zurecht. Hinter dem breiten Rücken des öffentlichen Denkmals Nell-Breuning bleibt so die Geschichte und die Logik seines Denkens und Wirkens merkwürdig unbekannt. Wir halten daher Oswald von Nell-Breuning für einen recht unbekanntem Bekannten.

Diesem unbekanntem Bekannten, Nell-Breuning, suchte ein Seminar an-

läßlich seines 100ten Geburtstags auf die Spur zu kommen. Eingeladen hatten das Sozialinstitut für Arbeitnehmerbildung der süddeutschen KAB (Vohenstrauß) in Kooperation mit dem Frankfurter Bildungswerk (Referat Kirche und Arbeiterschaft). Unter dem Motto „Einen kritischen Geist ehrt allein die kritische Auseinandersetzung“ sollte sich das Seminar mit der Bedeutung und Aktualität des Wirkens und Denkens von Nell-Breuning auseinandersetzen. Schon die verschiedenen Tagungsorte dieses Seminars symbolisieren gut das Wirkungsfeld des „Nestors katholischer Soziallehre“: das Frankfurter Haus der Volksarbeit, das Bildungshaus der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NNG) in Oberjosbach und schließlich die Phil-Theol. Hochschule St. Georgen. Die Referate und Gespräche haben dieses weite Wirkungsfeld Nell-Breunings zu bearbeiten und Breschen durch sein umfangreiches Werk zu schlagen versucht, um eine ernsthafte und kritische Auseinandersetzung mit seinem Werk und Wirken zu ermöglichen.

Die Tatsache, das zu diesem Seminar u.a. die KAB einlud, ist umso bemerkenswerter, als zwischen Nell-Breuning und dieser Organisation in den ersten zwei bundesdeutschen Jahrzehnten ein überaus spannungsreiches Verhältnis bestand. Diese Spannungen ergaben sich vor allem durch die gegensätzlichen Optionen in der Gewerkschaftsdebatte: während die KAB mit den Bischöfen für eine Sondergründung christlicher Richtungsgewerkschaften votierte, stand Nell-Breuning weiterhin an der Seite der Einheitsgewerkschaften. Erst Mitte der sechziger Jahre — die christlichen Gewerkschaften hatten sich längst als Flopp erwiesen — entspannte sich langsam dieses Verhältnis, als einzelne engagierte KAB-Vertreter in führenden Positionen den Austausch und die Zusammenarbeit mit Nell-Breuning suchten (z.B. der damalige KAB-Bundesgeschäftsführer Hans Ludwig). Die seitdem guten Beziehungen zwischen KAB und Nell-Breuning dokumentieren sich etwa in den „Texten zur katholischen Soziallehre“, die von der KAB herausgegeben wurden. Nell-Breuning fügte dieser Textsammlung eine kommentierende Einführung bei.

Mit diesem Seminar schuf die KAB einen ersten Ort, an dem verschiedene Facetten des Nell-Breuningschen Wirkens und unterschiedliche Einschätzungen zusammengetragen und diskutiert werden konnten. Es ergab kein abgeschlossenes Bild seines Werkes und Wirkens. Als deutender und eingreifender Intellektueller war Nell-Breuning Zeit seines aktiven Lebens immer ein streitbarer Denker und Diskutant — kirchlichen und politischen Funktionä-

ren häufig genug ein Dorn im Auge. Heute nun scheinen allein affirmative Legendenbildung und harmonisierende Vereinnahmung angesagt. Weder die böse Polemik vergangener Tage noch die Jubilitis dieser Tage waren Sache des Seminars, deren Beiträge in diesem Buch dokumentiert werden.

In dem ersten Beitrag überblickt Friedhelm Hengsbach SJ das vielfältige und umfassende Werk seines Ordensbruders Oswald von Nell-Breuning. Von Bodenrecht bis kirchliches Dienstrecht, von Vermögensbeteiligung bis zur Kirchensteuer reichen seine Themen. Der Autor ordnet diese Themenvielfalt verschiedenen Phasen des Wirkens Nell-Breunings zu und versucht ein erstes Resümee. Die Frage „Wem gehört Nell-Breuning?“ versucht er abschließend zu beantworten. Wolfgang Schroeder untersucht Nell-Breunings politisches Wirken in einem exemplarischen Konfliktfeld: die Kontroverse um die Einheitsgewerkschaft in den 50er Jahren. Obwohl er sich in dieser konkreten Auseinandersetzung gegenüber der Mehrheitslinie im Sozialkatholizismus nicht habe durchsetzen können, habe er dennoch nicht verloren, lautet die paradoxe These des Autors. Die Akzeptanz der Einheitsgewerkschaft wurde nämlich in den letzten beiden Jahrzehnten langsam zur Selbstverständlichkeit innerhalb von Kirche und Katholizismus. Die „katholische Soziallehre“ von Oswald von Nell-Breuning untersucht schließlich Matthias Möhring-Hesse. Im Zentrum seiner Überlegungen steht die Bedeutung seines Werkes für die Vermittlung von „politischem Katholizismus“ und pluraler Demokratie. Zwar nicht als ein Pionier, doch als kirchliche Autorität habe er der traditionellen Soziallehre der Kirche einen „sanften Übergang“ aus einer vermeintlich „katholisch“ fixierten Politik bereitet. Damit diene er jenen katholischen Christen als legitimatorische Stütze, die aus den Fesseln integralistischer Politik eines „politischen Katholizismus“ ausbrechen wollten.

Die Frage nach der Bedeutung Nell-Breunings für Kirche und Katholizismus stand im Mittelpunkt eines öffentlichen Gespräches zwischen Friedhelm Hengsbach SJ, Werner Kroh und Heiner Ludwig. Die Teilnehmer dieses Gesprächs stimmten darin überein, daß eine Kluft zwischen der naturrechtsethischen Gesellschaftslehre und den politischen Positionen Nell-Breunings bestünde. Die Politik, die Nell-Breuning unterstützte und vorantrieb, basiere weniger auf seiner scholastischen Theorie, als vielmehr auf seinen Erfahrungen und seinem Sachwissen. Das zweite Gespräch zwischen Iring Fetscher, Alfred Horné und Theo Pirker war kontroverser: über das

politische Wirken Nell-Breunings in der Nachkriegszeit trugen die Teilnehmer recht unterschiedliche Erfahrungen und Einschätzungen zusammen. Damit dokumentiert dieses Gespräch sowohl die zahlreichen Facetten des Wirkens Nell-Breunings, wie auch dessen kontroverse Bewertungen. Wurde er etwa einerseits als konservativer Gegenreformer gezeichnet, erscheint er andererseits als argumentationsstarker Reformator oder als gewiefter Taktiker. Vielleicht verdeutlicht gerade das Gespräch zwischen Alfred Horné und Theo Pirker den Titel dieses Bandes: Nell-Breuning ist ein Bekannter, dessen Werk und Wirken uns noch recht unbekannt und unerschlossen bleibt.

Zu danken haben wir vor allem den TeilnehmerInnen des Seminars, sowie unseren Gesprächspartnern auf den beiden Podien. Die Transkription und Überarbeitung der Gespräche besorgte Andreas Möhring. Ihm wie auch den Kollegen und Kolleginnen beim Sozialinstitut der KAB und beim Frankfurter Bildungswerk ist für ihre Mühen ebenfalls zu danken: es sind dies vor allem Hans Ludwig, Bernhard Dinkel, Helga Haller, Heinrich Baur, Heiner Ludwig und Elke Hörl. Schließlich sei auch den Kollegen und Kolleginnen vom Bildungshaus der NGG gedankt, die dem Seminar „ihr“ Haus kurzfristig geöffnet und für das überaus angenehme Tagungsklima gesorgt haben.

*Friedhelm Hengsbach SJ
Matthias Möhring-Hesse
Wolfgang Schroeder*

¹ Nell-Breuning, O.v. (1975e) 438

² vgl. Heitzer, H. (1979); siehe auch Nell-Breuning, O.v. (1972b); ders.

³ vgl. Brack, R. (1976); siehe auch Nell-Breuning, O.v. (1967b); ders.

⁴ Oswald von Nell-Breuning im Gespräch mit Helmut Hammerschmidt (1981) 127

Friedhelm Hengsbach SJ

Die Sache Katholischer Arbeiter hat ihn gepackt.

Werk, kirchliches Umfeld und politische Resonanz
Oswald von Nell-Breunings SJ*

Es gehört zum politischen Stil der achtziger Jahre, das Jubiläum zur herausragenden Form gesellschaftlicher Kommunikation zu machen. Die sogenannte Jubilitis hat alle etablierten Institutionen erfaßt, einschließlich Gewerkschaften und Jesuitenorden. Die Hochschule Sankt Georgen macht da keine Ausnahme. Doch haben wir auch einen außergewöhnlichen Anlaß: Daß Pater von Nell-Breuning sein 100. Lebensjahr vollendet, ist für die Hochschule, an der er seit Ostern 1928 lang als Professor für Ethik, Moraltheologie und Kirchenrecht gewirkt hat, ein hinreichender Grund der Anerkennung und des Dankes.

Pater von Nell-Breuning gerecht zu würdigen, ist wegen der Länge seiner Lebenszeit und des außergewöhnlichen Umfangs seiner Veröffentlichungen ein Abenteuer. Nicht wenige entledigen sich dieser Aufgabe, indem sie Schlüsselerlebnisse erzählen oder aus dem legendären Anekdotenschatz plaudern. So gelingt manchmal durchaus eine treffende Charakterisierung der Person und ihrer Anliegen, häufiger jedoch drückt man sich an der inhaltlichen Auseinandersetzung vorbei oder nimmt die sachliche Herausforderung seiner Schriften nicht ernst genug.¹

Dieser sachlichen Herausforderung will ich mich stellen und das Werk und die Person Pater von Nell-Breunings in vier Schritten erschließen. Zuerst nähere ich mich seinem Zentralthema, was Sache ist. Dann identifiziere ich seinen Standort. Danach skizziere ich das, was er bewegt hat. Und schließlich umschreibe ich seine öffentliche Resonanz. Also: die Sache (1.), der Ort (2.), der Motor (3.), das Symbol (4.).

1. Die Sache

Die Tatsachen sind das erste, was Pater von Nell-Breuning zu erfassen sucht.² Die jeweilige Sache fordert sein Denken und Argumentieren heraus. Seine Artikel kommen in der Regel nach kurzer Vorbemerkung direkt „zur Sache selbst“³. Daß diese Sache und das, was wir von ihr erkennen bzw. formulieren, und wie wir dann über sie verfügen, so oft voneinander abweichen und so weit auseinanderklaffen, ist ihm anstößig. Aber Sachlichkeit, Tatsachenwissen und Sachverstand können diesen garstigen Graben überbrücken.⁴ So hat er in einem Vortrag über „Aktienreform und Moral“, den er 1930 in Berlin gehalten hat, den Gegensatz zwischen der real existierenden Aktiengesellschaft und der im HGB rechtlich normierten Aktiengesellschaft außergewöhnlich engagiert aufgedeckt.⁵ Dieser Vortrag war übrigens einer der Gründe, daß er 18 Jahre später in den Wissenschaftlichen Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums gerufen wurde.⁶ Ähnlich hat er wiederholt den Gegensatz zwischen den bürgerlich-individualrechtlichen („jakobinischen“) Eigentumsideen der Neuzeit einerseits und dem tatsächlichen Funktionsverlust, den das Eigentum an Produktionsmitteln in der Publikumsgesellschaft inzwischen erlitten hat, oder den aktuellen spezifischen Merkmalen des städtischen Bodeneigentums andererseits herausgestellt.⁷

Sachthemen

Zunächst besteht die Sache, der P. von Nell-Breuning sich nähert, in einer Vielzahl von Sachthemen. Er hat einmal teils bedauernd, teils zustimmend geäußert, daß er kein einheitliches großes Werk geschrieben, sondern bloß auf aktuelle Anfragen reagiert habe.⁸ In der Tat, seine jeweiligen Veröffentlichungen sind unmittelbarer Reflex zeitgeschichtlicher Strömungen, insgesamt sind sie ein Spiegel der Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowohl der Weimarer Republik als auch der Bundesrepublik.

Seine Veröffentlichungen sind seit 1924/25 registriert.⁹ Er selbst war zu dieser Zeit einer Rednergruppe von Jesuiten in Düsseldorf zugeteilt, die monatlich in Kirchen von über 100 deutschen Städten religiös-wissenschaftliche

Vorträge hielt. Die verwirrenden Folgen der Geldentwertung spiegeln sich in zahlreichen Artikeln zur Aufwertung und zur Bodenreform.¹⁰ Die Wohnungsnot der unteren Einkommensgruppen in den unkontrolliert wachsenden Städten hatte die Sorge der Kirche auf die Förderung des Bausparens, des Wohnungseigentums und des Wohnungsbaus gelenkt; P. von Nell-Breuning hat darüber 1927 einige Reflexionen im Verlag des Volksvereins veröffentlicht. 1928 erscheint das Buch „Grundzüge der Börsenmoral“, seine bei Mausbach in Münster eingereichte Dissertation, die er in eineinhalb Jahren fertiggestellt haben muß. Die Themen, die ihn gegen Ende der zwanziger Jahre und zu Beginn der dreißiger Jahre in Anspruch nehmen, sind weiterhin die Bodenreform, der Wohnungsbau für einkommensschwache Familien, das Bausparen und die Eigentumbildung, die Funktion des Geld- und Kapitalmarkts sowie die gefährliche Abkopplung des Geldkreislaufs vom güterwirtschaftlichen Kreislauf und schließlich die Aktienreform. Solche Einzelthemen verlangen immer wieder auch grundsätzliche Reflexionen über die Funktion des Eigentums. Kontrovers diskutiert wurde dies zwischen der Wiener und Kölner Richtung des Katholizismus; dahinter stand eine abweichende Einschätzung der kapitalistischen Wirtschaft. Diese grundsätzliche Auseinandersetzung im Katholizismus und in der Gesellschaft von damals findet sich in Nell-Breunings Kommentar zum Sozialrundsreiben Pius XI. „Quadragesimo Anno“ aufgenommen und aufgearbeitet wieder.¹¹

Nach dem 2. Weltkrieg ging es um die fundamentalen Fragen der Neuordnung von Gesellschaft, Staat und Wirtschaft. So schrieb P. von Nell-Breuning über christliche Ordnungsbilder der Gesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Sehr stark engagierte er sich in der Debatte um die Einheitsgewerkschaft. Daneben wiederholen sich die Themen der zwanziger Jahre — Währungsreform, Lastenausgleich und Bodenreform. Im Anschluß an den Bochumer Katholikentag 1949, der das Recht auf Mitbestimmung als ein Naturrecht proklamierte, häuften sich bis zur Verwirklichung der Montanmitbestimmung 1951 die Artikel über die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeiter, nach der Aufhebung des Preisstopps für Grund und Boden die Beiträge über Wohnungseigentum und Wohnungsbau. Der wirtschaftliche Aufschwung der fünfziger Jahre spiegelte sich in den Themen: Arbeitszeitverkürzung (40-Stunden-Woche), Ersparnisbildung, einseitige Einkommensverteilung, Vermögensbildung in Arbeiterhand sowie familien-gerechte Wohnungen.

Die Konsolidierung der Bundesrepublik während der Adenauer-Ära lösten kritische Reflexionen über das Selbstverständnis und die Entwicklung der Gewerkschaften aus, während die wachsende Produktivität der Wirtschaft und die Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums die Forderung nach einem Ausbau des Rechts- und Sozialstaats, nach einer Sozialversicherungs- und insbesondere einer Rentenreform begründet hat. Der Versuch, christliche Gewerkschaften neu zu gründen, ließ das Thema der Einheitsgewerkschaft erneut aktuell werden, die Formulierung des Godesberger Programms der SPD forderte eine Neubestimmung des Verhältnisses von Katholiken und demokratischem Sozialismus. Zu den Vorarbeiten eines Bundesbaugesetzes steuerte er die Themen der zwanziger Jahre, nämlich Baulandbeschaffung und Planungswertausgleich, bei. Die schleichende Geldentwertung der sechziger Jahre und die verteilungspolitische Unwirksamkeit der produktivitätsorientierten Lohnpolitik hat Nell-Breunings Beiträge zu einer breit gestreuten Vermögensbildung und zu investiv gebundenen Lohnanteilen angeregt. Nach der Verabschiedung der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils nahmen die Beiträge zur wirtschaftlichen Mitbestimmung und zu einer neuen Unternehmensverfassung, in denen die innerkirchliche Debatte um eine korrekte Textinterpretation ausgetragen wird, sowie Meta-Reflexionen über die Katholische Soziallehre merklich zu, während im Anschluß an das Entwicklungsrundsreiben Papst Pauls VI., insbesondere nach 1968 die Auseinandersetzung mit Karl Marx und dem Marxismus thematisiert wurde. In den siebziger Jahren reflektierten seine Beiträge einerseits die im Zuge der wirtschaftlichen Überhitzung und fortschreitenden Inflation härter werdenden Auseinandersetzungen um eine sozialgerechte Bodenpolitik, andererseits die von der katholischen Kirche und den C-Parteien nach der Ehe- und Familienrechtsreform der sozialliberalen Koalition ausgelöste Grundwertedebatte. Seine Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem Marxismus schalteten sich zum einen in das Ringen der Würzburger Synode um den Beschluß „Kirche und Arbeiterschaft“, zum andern in den Konflikt zwischen westdeutschen Soziallehrern und Theologen der Befreiung ein. Nach dem zweiten Ölpreisschock 1979/80, während der Massenarbeitslosigkeit und nach dem Sozialrundsreiben Papst Johannes Pauls II. über die menschliche Arbeit haben sich die Fragen des Arbeitsmarkts, der Arbeitsethik, der Arbeitszeitverkürzung und der Freizeitgestaltung sowie der Rentenreform in den Vordergrund gedrängt, aber auch — und wohl nicht ganz zufällig — die Probleme des kirchlichen Dienst- und Arbeitsrechts. Einige Themen sind indessen sowohl in den siebziger, als auch in den achtziger

Jahren eine dauernde Anfrage geblieben: das Selbstverständnis der katholischen Soziallehre, die Gewerkschaften in ihrer Funktion als Interessenvertretung und Ordnungsfaktor, eine funktionstüchtige und sozial gezähmte Marktwirtschaft, das Bemühen um eine echte Unternehmensverfassung, das Verhältnis der Kirche zu den Arbeitern. Und hin und wieder haben sich die Themen des kommenden Jahrhunderts angekündigt: die Relativierung der Erwerbsarbeit, die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie, Ausländerintegration und solidarische Weltwirtschaft.

Definitionen

Nachdem ich im Zeitrasterstil die Sache, auf die es P. von Nell-Breuning ankommt, in eine fast verwirrende Vielzahl von Sachthemen ausdifferenziert habe, will ich auf eine zweite Eigenheit zu sprechen kommen, wie P. von Nell-Breuning den Zugang zur Sache gewinnt. Eine Frau, die mit seinem Denk- und Redestil vertraut zu sein scheint, hat bei ihm eine wahre Definitionssucht diagnostiziert.¹² Tatsächlich diskutiert P. von Nell-Breuning nicht über eine Sache, bevor er sie nicht definiert hat, weil man sonst stundenlang aneinander vorbeiredet.

Definieren heißt abgrenzen und unterscheiden. Wenn über die „Funktion des Eigentums“ gestritten wird, muß in der modernen Aktiengesellschaft, insbesondere in der Publikumsgesellschaft zwischen dem Eigentumsrecht und der Verfügungsmacht, zwischen der Rolle des Kapitalgebers und der des Unternehmers unterschieden werden.¹³ In der Mitbestimmungsdebatte ist die Mitbestimmung am Arbeitsplatz von der im Betrieb und im Unternehmen abzugrenzen, sodann eine unternehmens- von einer gesellschaftsrechtlichen und schließlich jede der beiden von einer überbetrieblichen Mitbestimmung.¹⁴ Verwenden wir, wenn wir vom „Unternehmer“ reden, den funktionellen oder den personellen Unternehmerbegriff, meinen wir den selbständigen oder den beauftragten Unternehmer, d.h. den Manager?¹⁵ Woran denken die Juristen, wenn sie vom „Unternehmen“ sprechen: an die Vermögensmasse, die Gesellschaft der Aktionäre oder die juristische Person?¹⁶ Wissen diejenigen, die über die „Rentenlast“ stöhnen, ob sie die finanziellen oder die realen Belastungen im Auge haben?¹⁷ Richtet sich das Bekenntnis zur „sozialen Marktwirtschaft“ auf ein ideales Konzept oder auf das real

existierende Wirtschaftssystem in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre?¹⁸ Denken diejenigen, die sich über die hohen „Kosten des Sozialstaats“ beklagen, an die Konstruktionsfehler einzelner Sozialgesetze, an deren unwägbare Nebenwirkungen, an den nie ganz auszuschließenden Mißbrauch bei der Inanspruchnahme von Sozialleistungen, an das im Vergleich zu den Kosten geringfügige Resultat oder daran, daß der ethische Wert der Solidarität einem ökonomischen Kalkül unterworfen werden soll?¹⁹ Oder schließlich: wer ist präzise gemeint, wenn von den „Christen im DGB“ gesprochen wird?²⁰

Eindeutige Abgrenzungen sind zweifellos eine notwendige Bedingung kommunikativer Verständigung. Daß sie allein noch nicht deren Zustandekommen garantieren, ist P. von Nell-Breuning schmerzlich bewußt geworden. Messerscharf sind allein die Begriffe, während in der Realität die Übergänge fließend sind.²¹ Daß gar das Kernstück des Sozialrundsprechens „Quadragesimo Anno“, nämlich die Aussagen über die sogenannte Berufsständische Ordnung von Anfang an Mißverständnissen und Fehldeutungen ausgesetzt war, hat ihn verunsichert, bedrückt und bestürzt gemacht.²²

Sachzusammenhänge

Das Interesse P. von Nell-Breunings an der Sache enthält noch eine weitere Dimension. Der nach seiner Reifeprüfung 1908 zum Priestertum entschlossene Student der Mathematik und Naturwissenschaften ist mit der Eigenart systemischen, d.h. vernetzten Denkens konfrontiert gewesen. Einzelereignisse der natürlichen Umwelt des Menschen sind nicht isoliert oder monokausal, sondern nur in Wechselwirkung, als Elemente von Wirkungsketten zu erfassen. Wird dieser Denkstil analog auf das Feld der Wirtschaft und Gesellschaft übertragen, dann setzen ethische Bewertung und Sozialkritik ein profundes Sachwissen um die komplizierten sozio-ökonomischen Zusammenhänge voraus.²³ Wie sehr P. von Nell-Breuning in diese Komplexität eingedrungen ist, belegt beispielsweise die Reflexion in „Quadragesimo Anno“ über die gleichzeitigen Bestimmungsfaktoren des Lohnes, der für das Unternehmen einen Kostenfaktor, für die Gesamtwirtschaft einen Bestandteil der Kaufkraft, für den Arbeiter den Lebensunterhalt der ganzen Familie bildet.²⁴ Oder seine Auflistung der sozio-ökonomischen Funktion der Preise zur Steuerung der Produktion, des Konsums und der Einkommensbil-

dung²⁵. Oder die Analyse der Kreislaufbeziehungen zwischen der personellen Entstehung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bzw. aus unselbständiger Arbeit und deren funktioneller Verwendung zur Investition und zum Konsum.²⁶ Und schließlich die getrennte, aber im Bewußtsein der Wechselwirkungen vorgenommene Analyse der geld- und güterwirtschaftlichen Aspekte des Finanz- und Realtransfers bei Währungsreform, Lastenausgleich, Rentenversicherung, Wechselkursänderung und Lohnpolitik.

Die Sachlogik einer Erwerbswirtschaft, unter anderem des Profitstrebens und vor allem des „arbeitslosen“ Zinseinkommens, gerät augenscheinlich mit einer christlichen Ethik in Konflikt, so urteilten in den dreißiger Jahren integralistische Katholiken der Wiener Vogelsang-Richtung, die es grundweg ablehnten, sich auf die kapitalistische Wirtschaftsweise der modernen Industriegesellschaft einzulassen.²⁷ In „Grundzüge der Börsenmoral“ und im Kommentar zu „Quadragesimo Anno“ hat P. von Nell-Breuning seine Sicht des Verhältnisses von wirtschaftlichen Sachgesetzen und ethischen Normen erläutert; diese Grundfrage der Wirtschaftsethik ist später, nämlich 1951, 1975 und 1978 von ihm noch einmal reformuliert worden.

Die Wirtschaft, eine Kultureinrichtung des Menschen, unterliegt wie dieser einem ethischen Anspruch, aber sie behält ihre relative Eigenständigkeit. Was ethisch geboten ist, wird der Wirtschaft nicht von außen als etwas Fremdes übergestülpt, sondern aus der Erkenntnis des ökonomischen Sachverhalts, aus dem rechten Verständnis des Sachziels der Wirtschaft sowie dessen zutreffenden Anwendung auf den Sachverhalt ermittelt. Das ethische Gebot fordert, den Sinn der Wirtschaft, deren eigene Sachlogik und deren eigenes Sachziel zu respektieren.²⁸ Je klarer wir die Sache sehen, je zutreffender wir den Sachverhalt deuten, je verständlicher wir uns ausdrücken, und je besser eine solche Formulierung verstanden wird, umso größer wird unsere Freiheit in der Gestaltung der Wirtschaft.²⁹

Sachverstand

Es liegt nahe, aus den gesellschaftlichen Funktionen des Wissenschaftlers bzw. des Politikers einen Gegensatz zu konstruieren. Dann müßte der Wissenschaftler zur Versachlichung der politischen Diskussion beitragen und

das Wunschdenken von Politikern, Gewerkschaftsfunktionären und auch Kirchenführern zurechtweisen. P. von Nell-Breuning hat diese Aufklärungsarbeit übernommen und nachgewiesen, wie inhaltsleer beliebte Slogans der öffentlichen Meinungsbildung sind. So erfreut sich in der liberalen Wirtschaftstheorie „das Gesetz von Angebot und Nachfrage“, nach dem die Preise gebildet werden, großer Beliebtheit. P. von Nell-Breuning fragt, wie die Formel verstanden werden soll. Wenn analytisch, dann kommt sie einer Tautologie nahe. Denn es wird gerade nicht ausgesagt, nach welchen Gesetzen das Angebot bzw. die Nachfrage, die das Gesetz des Preises sind, zustandekommen und nach welchen Gesetzen sie auf den Preis wirken, oder umgekehrt: nach welchen Gesetzen der Preis auf das Angebot bzw. auf die Nachfrage wirkt. Wird die Aussage normativ verstanden, dann müßte die Norm ökonomisch oder ethisch begründet werden.³⁰ Ähnlich wird durch die beitragsbezogene Rente die Fiktion aufrechterhalten, als würde der einzelne durch aktuellen Konsumverzicht Kapital bilden, das im Alter aufzulösen und für Konsumzwecke verfügbar sei. Das Umlageverfahren der Produktivitätsrente, für deren Verwirklichung P. von Nell-Breuning sich eingesetzt hat, weist demgegenüber offen aus, daß der Konsumbedarf sowohl der Erwerbstätigen als auch der noch nicht und nicht mehr Erwerbstätigen einzig aus der laufenden Produktion befriedigt werden kann.³¹ So hat er auch die Klage der Politiker über den „Rentenberg“ wiederholt zurückgewiesen: Vielmehr habe der Gesetzgeber 1957 drei Fehler gemacht, als er die Bruttoeinkommen der Erwerbstätigen und die Verfügungseinkommen der Rentner in ein starres Verhältnis setzte, als er die Rentendynamik teils automatisierte und teils dem eigenen Ermessen überließ, und als er den Beitragssatz, der gemäß dem Verhältnis von Beitragszahlern und Renteneempfängern zur Finanzierung der Renten erforderlich war, nicht automatisierte. Außerdem habe das Parlament durch die Wahlgeschenke der Rentenanpassungen das Rentensystem zerrüttet.³² Daneben hat P. von Nell-Breuning den Politikern oberflächliches Flickschustern, das sich in monetären Manipulationen erschöpft, vorgeworfen. Wirtschaftspolitik müsse sich vorrangig an realwirtschaftlichen Prozessen orientieren. Wenn sich der Altersaufbau der bundesrepublikanischen Bevölkerung verändere, müßten vordringlich die gesamtwirtschaftliche Produktivität gesteigert und Plegekräfte gewonnen und ausgebildet werden.³³

Der Experte P. von Nell-Breuning konnte das Pathos des sachkundigen Wissenschaftlers sowie den Gegensatz von Sachverstand und politischem

Kompromiß nur beschränkt stilisieren, wenngleich es ihn gereizt haben mag, die Beziehung zwischen dem Professor und dem Politiker entsprechend dem Verhältnis von Arzt und Patient zu modellieren.³⁴ So hat er seine eigene Situation als Sachverständiger zwischen Sachverstand und Politik auf den Begriff gebracht. Man könnte zunächst von einer Arbeitsteilung zwischen dem Wissenschaftler und dem Politiker ausgehen, insofern der eine die Effizienz der Mittel zur Realisierung der Ziele prüft und der andere die Ziele definiert. Doch eine eindeutige Scheidung zwischen Zielen und Mitteln scheitert daran, daß Mittel als Zwischenziele gewählt und bewertet werden müssen, daß zur klaren Definition der Ziele, zu ihrer Gewichtung und zur Ermittlung harmonischer bzw. konfliktiver Zielbeziehungen der Sachverstand des Wissenschaftlers gefragt ist. Wissenschaftliche Politikberatung ist etwas anderes als die Tätigkeit des Gutachters oder des Anwalts. Der Sachverständige braucht ein hohes Einfühlungsvermögen für die Entscheidungssituation des Politikers. Er muß ihn auch dann unbefangen beraten, wenn er dessen wirtschaftspolitische Optionen nicht teilt, und darf nicht eigenen Lieblingsideen, bewährten Schulmeinungen und vorgefaßten Urteilen verfallen. Dem Sachverständigen wird laufend bewußt, wie hoch das durch exogene und endogene Störungen bedingte Risiko ist, die Wirkungen politischer Entscheidungen halbwegs zuverlässig abzuschätzen; der Zuwachs an Wissen ist mit einem Zuwachs an Nichtwissen verbunden. Das macht bescheiden und demütig, gestattet aber auch das Eingeständnis, die Korrektur und den Widerruf von Irrtümern. Schließlich ist der Sachverständige zu einer verantwortlichen Beratung verpflichtet; er hat zwischen dem eigentlich Gesollten und dem politisch Machbaren abzuwägen, Vertraulichkeit zu wahren und die menschlichen Reaktionen des Politikers in Rechnung zu stellen.³⁵

Lernbewegungen

Sachwissen ist kein gesicherter Bestand; das hat die Selbstreflexion des Sachverständigen ergeben. Deshalb ist es nicht verwunderlich, wenn die Schriften P. von Nell-Breunings zahlreiche Lernbewegungen des Experten belegen. Der Bodenreformer hat aus Erfahrung dazugelernt, wie wenig die Bodenerwertzuwachsteuer dazu dient, den Angebotsdruck auf dem Bodenmarkt zu verstärken.³⁶ Der katholische Familienpolitiker, der das generative Verhal-

ten stets als unabhängige Variable, die Versorgung des nicht mehr bzw. noch nicht erwerbsfähigen Bevölkerungsteils dagegen als abhängige Variable eingestuft hat, scheint unter dem Druck gewandelter Erkenntnisse und Bedürfnisse eine Umkehrung der Variablen ins Auge zu fassen.³⁷ Auch in anderen Bereichen sind Akzentverlagerungen wahrnehmbar. Das Plädoyer einer zukünftigen Beteiligung der Arbeiter am Produktivvermögen scheint sich zugunsten des Engagements für die aktuelle wirtschaftliche Mitbestimmung im Unternehmen zu verschieben,³⁸ zumal der Anspruch auf Mitbestimmung nicht vom Eigentum sondern von der Arbeit zu begründen ist.³⁹ Oder die positive Anerkennung der angelsächsischen Staatsauffassung scheint nach und nach die Sympathie für das kontinentale Staatsverständnis, das dem Katholiken ursprünglich näher steht, abzulösen.⁴⁰ Emotional aufgewühlt hat P. von Nell-Breuning einen Durchbruch an Erkenntnis beschrieben, als es einer Professorengruppe wie Schuppen von den Augen fiel, nachdem sie die Gleichsetzung des Unternehmens als sozio-ökonomischen Gebildes und des vermögensrechtlichen Subjekts aufgegeben sowie die rechtstheoretische Trennung von Unternehmensverfassung und Gesellschaftsrecht erarbeitet hatten.⁴¹ Auffällig sind auch die Lernbewegungen in der methodischen Reflexion katholischer Soziallehre, die nach dem Konzil als wandelbar und auch widersprüchlich, als Gefüge von offenen Sätzen, mit eingegrenztem Verbindlichkeitsanspruch vorgestellt wird. Mir scheint, daß P. von Nell-Breuning sich gar mit einer Art Kohärenzverfahren angefreundet hat. Er schreibt nämlich, daß sich der Sozialethiker, der für den normativen Obersatz einen Geltungsanspruch erhebt, während er die Geltung des empirischen Untersatzes vom Experten übernimmt, bereit erklären kann, dessen Einwendungen gegen die normative Prämisse und die aus beiden Prämissen gezogene Schlußfolgerung ernst zu nehmen, daraufhin die normative Prämisse neu auf die empirischen Sachverhalte einzustellen und die Schlußfolgerung präziser zu fassen.⁴²

Was bei P. von Nell-Breuning Sache ist, hat sich als ein sehr vielschichtiges Phänomen erwiesen. Es ist zunächst das empirisch Erfassbare und Erkennbare, es sind Einzelerfahrungen und ihre Zusammenhänge. „Sache“ sind indessen nicht bloß die sogenannten „nackten Tatsachen“ oder die „wertfreien Sachverhalte“, die dem analytischen Zugriff offenstehen, sondern auch das, was er in anderem Zusammenhang als „Sachziel“ bzw. „wahren Sinn“ bezeichnet.⁴³ Hin und wieder ist es mit dem „Vernünftigen“, dem Mehrheitsfähigen bzw. dem, was unter vernünftigen Menschen zustimmungsfähig ist,

identisch. Die sogenannte Sache erweist sich also als etwas eminent Wertgeladenes. Damit komme ich zum nächsten Schritt meiner Überlegungen.

2. Der Ort

Wie läßt sich herausfinden, was P. von Nell-Breuning im Kern bewegt hat? Es kann nicht die Sache sein, denn die ist verwirrend vielfältig. Auch nicht eine mathematisch-naturwissenschaftliche Neugierde oder ein ungewöhnliches juristisches und ökonomisches Interesse. Es muß eine grundlegende Option sein, die sein Handeln erschließt, ein vitales Interesse, das sein Profil ausmacht, ein Standort, auf dem seine Identität aufruhrt.

Teamarbeit

Zunächst hat es mich überrascht, daß derjenige, den die meisten von uns als einsamen alten Mann kennen, in seinen Schriften auf Kollegen verweist, die jeweils an der gleichen Sache gearbeitet und ihn angeregt haben, und die dann so etwas wie seine Freunde geworden sind. Wir dürfen uns P. von Nell-Breuning als einen teamfähigen Wissenschaftler vorstellen. Mit dem Bodenreformer Damaschke scheint er persönliche Kontakte gepflegt zu haben.⁴⁴ Es finden sich Hinweise auf die Professoren Alexander Rüstow, Wilhelm Röpke und Adolf Müller-Armack, deren kritische Einstellung zur real existierenden kapitalistischen, allenfalls sozial gezähmten Marktwirtschaft er teilt.⁴⁵ Durch Professor Wingen ist ihm die Relevanz einer aktiven Bevölkerungspolitik aufgegangen. Um die Reform der Rentenversicherung Mitte der fünfziger Jahre entwickelte sich zwischen Wilfried Schreiber, dem damaligen Geschäftsführer des Bundes Katholischer Unternehmer, der mit dem Plan einer produktivitätsbezogenen bzw. dynamischen Rente an die Öffentlichkeit getreten war, Professor Josef Höffner und P. von Nell-Breuning ein intensiver Gedankenaustausch.⁴⁶ Die Forderung, drei Generationen in die Rentenreform einzubeziehen, teilte P. von Nell-Breuning mit dem Hamburger Arnd Jessen.⁴⁷ Den Entwurf einer Unternehmensverfassung hat seit 1957 in langjähriger Arbeit ein juristischer Beraterkreis beim Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften ausgearbeitet, dem neben

P. von Nell-Breuning die Professoren Boettcher, Hax, Kunze, Ortlieb und Preller angehörten.⁴⁸

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für P. von Nell-Breuning und die Entstehung des Rundschreibens „Quadragesimo Anno“ hat der „Königswinterer Kreis“ gehabt, ein Kreis katholischer Sozialwissenschaftler, den der Bischof von Aachen, van der Velden, 1930 in das damalige Bildungsheim der Christlichen Gewerkschaften, das heutige Adam-Stegerwald-Haus in Königswinter zusammengerufen hatte, um für den Volksverein eine neue gesellschaftspolitische Leitlinie zu erarbeiten. Neben anderen sind die Beiträge der Professoren Paul Jostock, Goetz Briefs und Gustav Gundlach über die Funktion des Eigentums, die kapitalistische Wirtschaftsweise, das Lohnarbeitsverhältnis, die Zurechnung der Wertschöpfung auf die einzelnen Produktionsfaktoren, die Lohngerechtigkeit und die gesellschaftlichen Strukturprobleme in den Text des Rundschreibens eingefügt worden.⁴⁹

Sozialkatholizismus

Eine zweite Annäherung an das, was P. von Nell-Breuning elementar geprägt hat, läßt sich unter dem Stichwort „Sozialer Katholizismus“ begreifen. Dabei war für das Leben P. von Nell-Breunings — gemäß der Deutung, die er selbst rückblickend gibt⁵⁰ — der sogenannte deutsche Gewerkschaftsstreit um die Jahrhundertwende, in dem sich die Polarisierung unter den deutschsprachigen Katholiken zuspitzte, spezifisch wirksam. Noch heute sieht er ein Schriftchen des Volksvereins auf dem Tisch seines Elternhauses liegen mit einem riesigen Fragezeichen auf dem Umschlag und dem Titel: „Darf der katholische Arbeiter sich organisieren?“

Die katholischen Arbeitervereine waren als Instrumente der Arbeiterpastoral hochgeschätzt; sie waren auch nicht problematisch, soweit sie sich zu Bildungsverbänden fortentwickelten. Als in den neunziger Jahren jedoch katholische Arbeiter des Ruhrgebiets aus den freien, sozialistischen Gewerkschaften austraten, weil sie deren antikirchliche und atheistische, aber auch staatsverachtende Propaganda als untragbar empfanden, und christliche Gewerkschaften gründeten, die auch evangelischen Christen offenstehen sollten, wurde dieser Schritt von den katholischen Bischöfen in Berlin und

Breslau äußerst skeptisch beurteilt. Diese hielten ihnen vor, die Interessenvertretung katholischer Arbeiter außerhalb der kirchlichen Arbeitervereine in einer interkonfessionellen Gewerkschaft sei eine ernsthafte Gefahr für die Reinheit des Glaubens, könne allenfalls geduldet werden. Von der Kirche gebilligt würde allenfalls der Aufbau von Fachabteilungen der katholischen Arbeitervereine, die dann gewerkschaftliche Funktionen übernehmen könnten, allerdings unter Leitung des Klerus. Damit war jedoch die Chance, die Arbeiterinteressen wirksam zu vertreten, vertan. Erst dreißig Jahre später, in „Quadragesimo Anno“ wurde die Existenz christlicher Gewerkschaften gebilligt. Das Leiden und die Enttäuschung vieler katholischer Arbeiter, die ihr gewerkschaftliches Engagement durch einen Machtspruch der kirchlichen Hierarchie desavouiert sahen, hat sein Leben, so sagt P. von Nell-Breuning, geprägt.⁵¹

Religiös-soziale Lebensoption

Der Volksverein als prägender Ort und der Gewerkschaftsstreit als prägendes Erlebnis haben nach seiner eigenen Einschätzung das Lebensinteresse P. von Nell-Breunings grundlegend bestimmt. Ich möchte dies so formulieren: Die katholischen Arbeiter sollen die ihnen von der kirchlichen Hierarchie aufgenötigte innere Spaltung zwischen ihrem Christsein und ihrem Arbeitersein überwinden, sie sollen die Chance zurückgewinnen, zugleich überzeugte Mitglieder ihrer Kirche und ihrer Gewerkschaft zu sein.

P. von Nell-Breuning hat sein apostolisches Anliegen 1972 bei der Verleihung des Romano-Guardini-Preises — möglicherweise aus der Nachkriegsperspektive der Einheitsgewerkschaften — so definiert, daß er zum einen den Millionen von Katholiken, die sich ohne besondere Zustimmung der kirchlichen Amtsträger in der Einheitsgewerkschaft oder anderen Gebilden organisiert hatten, den Weg zur Kirche offenhalten, und zum anderen dem christlichen Gewissen dieser Menschen und den Grundsätzen der kirchlichen Soziallehre in diesen Organisationen Achtung und freie Entfaltung erringen wollte.⁵²

Dieses Lebensinteresse hat sein Handeln auf drei programmatischen Wegen begleitet, in der Auseinandersetzung mit Karl Marx, in dem Einsatz für die

westdeutschen Einheitsgewerkschaften, in der Gewissenserforschung einer bürgerlichen Kirche der Bundesrepublik.

(1) Die Auseinandersetzung P. von Nell-Breunings mit Karl Marx und mit dem Marxismus findet, wenn ich es recht sehe, ursprünglich in drei, zum Teil weit auseinanderliegenden, aber sehr weit reichenden Zeitphasen statt: zuerst in den dreißiger Jahren im Umfeld von „Quadragesimo Anno“, Ende der sechziger Jahre im Umfeld der Rezeption sowohl des Konzils als auch des Entwicklungsrundschreibens Papst Pauls VI. und der außerparlamentarischen Opposition sowie Mitte der siebziger Jahre im Umfeld der Würzburger Synode und des Streits um die Theologie der Befreiung.

Aufschlußreicher sind jedoch die inhaltlich abweichenden Reflexionsstufen. Der Kommentar zu „Quadragesimo Anno“ scheint noch stark die Diskussion im Königswinterer Kreis bzw. die Diktion und Mentalität P. Gundlachs wiederzugeben. Einige ökonomische Theorien wie Arbeitswertlehre, Akkumulations-, und Konzentrations- und Verelendungstheorie galten als widerlegt. Die Asymmetrien einer kapitalistischen Produktionsweise und die Existenz einer Klassengesellschaft, deren Konflikte um die Arbeitsmarktparteien zentriert sind, werden nicht bestritten. Wohl aber wird der destruktive Klassenkampf als ein gangbarer und zulässiger Ausweg, um die kapitalistische Klassengesellschaft in eine klassenlose Gesellschaft zu überführen, zurückgewiesen. An seine Stelle seien längst die Integration der Arbeiter in die demokratische Gesellschaft und die Übernahme von Verantwortung in Form wirtschaftlicher Mitbestimmung getreten; schließlich könnten die unterschiedlichen Interessen in der Ordnungsstruktur einer klassenfreien Gesellschaft versöhnt werden. Ebenso wie der radikale Klassenkampf wird die radikale Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln abgelehnt. Denn mit der faktischen Funktionstrennung des Kapitalgebers und des Managers in den modernen Großunternehmen habe das Eigentum seine Machtstellung eingebüßt, während die Funktion des innovativen Unternehmers unverzichtbar bleibe. Der eigentliche Streitpunkt liegt jedoch auf der sozialphilosophischen und religiösen Ebene. Das Menschenbild des Marxismus sei mit dem des Christentums deshalb nicht vereinbar, weil der dialektische Materialismus die geistige Dimension der Gesellschaft ausblendet, die Menschwerdung des Menschen auf den Arbeitsprozeß reduziert und im Grunde atheistisch ist.⁵³

Für einen bemerkenswerten systematischen Schritt halte ich P. von Nell-Breunings Versuch, die Christen zu einer Entkopplung der Streitebenen einzuladen.⁵⁴ Die marxistische Gesellschaftsanalyse beziehe sich auf die Tatsachen; sie sei entweder richtig oder falsch. Die Geschichtsphilosophie des Marxismus müsse im Rahmen eines geisteswissenschaftlichen Diskurses auf ihren Erklärungs- und Interpretationswert hin überprüft werden. Der theoretische Atheismus schließlich sei theologisch zu widerlegen.

Einen weiteren systematischen Schritt markiert die Frage, was die Christen von Karl Marx und vom Marxismus positiv lernen können. P. von Nell-Breunings Antwort geht dahin, daß die Wirtschaft ein Teilbereich des gesellschaftlichen Lebens sei, daß die menschliche Gesellschaft dem geschichtlichen Wandel unterliege, und daß jedes menschliche Denken standortgebunden sei.⁵⁵ Insofern diese Einsichten allgemein anerkannt werden, stehen wir alle auf den Schultern von Karl Marx.⁵⁶

(2) Die Existenz von Einheitsgewerkschaften hat P. von Nell-Breuning aus Überzeugung unterstützt. Unter den Katholiken warb er wie der Kölner Kardinal Frings in seiner Predigt am Vorabend des 1. Mai 1950 darum, der Einheitsgewerkschaft beizutreten und sich darin zu betätigen. Ungeachtet der weltanschaulichen Differenzen sah er die Schicksalstunde für eine ehrliche und sachliche Zusammenarbeit von Christen und Sozialisten gekommen.⁵⁷

Zweifellos hat er die Gefahr erkannt, daß eine der sozialistischen Gewerkschaftstradition verbundene Mehrheit einer aus der christlichen Gewerkschaftstradition kommenden Minderheit ihren Willen aufdrängt. Er hat mehrfach seine Sorge vorgetragen, ob der organisatorische Zusammenschluß als Einheitsgewerkschaft allein jenes Maß an Toleranz hervorbringe, das den Christen im DGB ein echtes Heimatrecht und den als „Christlich-Soziale Kollegenschaft“ organisierten, den Unionsparten nahestehenden Arbeitnehmern „eine wirksame Beteiligung an den Entscheidungsprozessen garantiert. Er hat die Gewerkschaftsführer gewarnt, daß der Aktionsradius in einer Einheitsgewerkschaft immer enger gezogen bleiben müsse als in einer Richtungs-gewerkschaft.

Infolgedessen verlangte er von den Gewerkschaftsfunktionären die Aufgabe extremer Klassenkampfvorstellungen, zumal sich die Rechtsstellung

und die wirtschaftliche Lage des Arbeiters im Nachkriegsdeutschland grundlegend gewandelt hatte. Und eine außergewöhnlich polemische, in ihrem tatsächlichen Einfluß indessen oft überschätzte Rede P. von Nell-Breunings im Januar 1955 gegen Victor Agartz, den damaligen Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts, hat mit dazu beigetragen, daß der DGB sich von ihm und seinen programmatischen Parolen lossagte.⁵⁸ In katholischen Kreisen suchte P. von Nell-Breuning ein sachgerechtes Urteil über die Einheitsgewerkschaft herbeizuführen, indem er ihre Leistungen bei der Befriedung des Arbeitsmarktes, bei der staatsbürgerlichen Einbindung und bei der beruflichen und allgemeinen Bildung des Arbeiters und bei der Stabilisierung der jungen Demokratie herausstellte. Umso mehr hat ihn die Gründung der christlichen Gewerkschaft 1955 ernüchert, vor allem jedoch die Tatsache, daß die westdeutschen Bischöfe dies mit betonter Sympathie begrüßten.⁵⁹

(3) Das seiner Auffassung nach wiederholte Fehlverhalten der kirchlichen Amtsträger, aber auch der Mehrheit der Katholiken im Verhältnis zu den Arbeitern und ihren Gewerkschaften kam erst Mitte der siebziger Jahre, im Zusammenhang des Würzburger Synodenbeschlusses „Kirche und Arbeiterschaft“ offen zur Sprache. Nachdem ein ursprünglicher Entwurf die Fragen des Betriebes und der Arbeitswelt, des Urlaubs und der Freizeit, der ausländischen Arbeitnehmer und der beruflichen Mobilität als Zielfelder kirchlicher Pastoral und Diakonie einzuordnen suchte, zurückgewiesen wurde, bat man P. von Nell-Breuning, einen neuen Entwurf auszuarbeiten, der die von ihm geäußerte Kritik berücksichtigen und weniger von dem reden sollte, was die Kirche für die Arbeiter, sondern was die Arbeiter als Kirche innerhalb der Arbeiterbewegung tun könnten, und welche Art von Gewissenserforschung diese von den Amtsträgern bzw. von der bürgerlichen Mehrheit der katholischen Kirche erwarteten. P. von Nell-Breuning erledigte diesen Auftrag in eineinhalb Monaten. Die neue Vorlage löste auf der Synode eine ungewöhnlich leidenschaftliche Debatte aus, wurde aber schließlich als überzeugende Gewissenserforschung, als Eingeständnis der Katholiken, für einen fortwirkenden Skandal der Entfremdung von Kirche und Arbeiterschaft mitverantwortlich zu sein, beschlossen.⁶⁰ P. von Nell-Breuning verstand die ihm von der Synode entgegengebrachte Ovation als ein Stück Wiedergutmachung jenes Unrechts, das die Kirche seit dem Gewerkschaftsstreit katholischen Arbeitern zugemutet hatte.

Katholische Denkform

Bisher war von der sozialkatholischen Prägung und dem religiös-sozialen Lebensinteresse P. von Nell-Breunings die Rede. Zu seinem sozialkatholischen Standort gehört auch das, was man den charakteristisch katholischen Denk- und Lebenshorizont nennt.

(1) Ich meine damit an erster Stelle die Loyalität zur hierarchisch verfaßten Kirche. P. von Nell-Breuning hält die katholische Soziallehre für einen Unbegriff. Eine Soziallehre könne richtig oder falsch sein, explikativ oder normativ, jedoch nicht katholisch. Die Franzosen, die von der „Soziallehre der Kirche“ sprechen, weisen auf das eigentlich Gemeinte hin: Das Katholische an der Soziallehre als einer explikativen oder normativen Lehre über den Menschen als gesellschaftliches Wesen und über die menschliche Gesellschaft als solche liege darin, daß sie vom Papst oder den Bischöfen vorgelegt und von den Fachgelehrten wissenschaftlich vertieft oder von Sozialverbänden popularisiert wird. Nicht ein spezifisch katholischer Lehrinhalt verleihe den Stempel der katholischen Soziallehre, sondern der Absender, das Lehramt der Kirche bzw. die wissenschaftlichen und volkstümlichen Ausleger der kirchlichen Dokumente.⁶¹

Für einen Menschen, der in seinem Leben die einmalige Chance gehabt hat, Erstverfasser eines päpstlichen Rundschreibens zu sein, mag die textgetreue Interpretation von Äußerungen des kirchlichen Lehramtes stilgerecht sein. In die charakteristische Textbindung P. von Nell-Breunings spielt indessen ein tiefes Vertrauen auf den der Kirche und so dem Lehramt zugesagten Beistand des Heiligen Geistes hinein, der einerseits die authentische Auslegung der Texte vor abenteuerlichen Entgleisungen der Interpreten bewahrt, und der andererseits den Papst vor seinen Beratern schützt.⁶² So erhob er häufig Einspruch gegen fehlerhafte und irreführende Übersetzungen, die vom Institut der Deutschen Wirtschaft oder von der Deutschen Bischofskonferenz oder vom Vatikan herausgegeben wurden. Dreimal, bei „Quadragesimo Anno“, bei der Ansprache Pauls VI. vor der Internationalen Arbeitsorganisation (1969) und bei „Laborem exercens“ bezog sich die Korrektur auf den für P. von Nell-Breuning hochsensiblen Problembereich der Unternehmensverfassung, Mitbestimmung und Mitbeteiligung,⁶³ und einmal auf die Funktion des demokratischen Staates in einer pluralistischen Gesell-

schaft.⁶⁴ Der hohe Wert textgetreuer Auslegung ist unumstritten. Doch kein Ausleger ist davor geschützt, das eigene Verständnis in die Aussage eines anderen hineinzulegen. So wirkte es nicht überraschend, daß um die Aussage des Zweiten Vatikanischen Konzils zur wirtschaftlichen Mitbestimmung zwischen dem Bund katholischer Unternehmer und P. von Nell-Breuning ein Auslegungsstreit entbrannte. Überraschender ist schon, daß die textgetreue Auslegung des Kernstücks von „Quadragesimo Anno“, die Berufständische Ordnung, eine Folge von Fehlern und Mißverständnissen gewesen sein soll.⁶⁵

(2) Eine zweites charakteristisches Merkmal des Denkhorizonts P. von Nell-Breunings ist das Naturrecht. Vertreter der scholastischen Philosophie waren davon überzeugt, das Wesen der Dinge begreifen zu können. P. von Nell-Breuning ist inzwischen bescheidener geworden. Aber was für den Menschen konstitutiv ist, wird man seiner Meinung nach angeben können. Außerdem war die traditionelle Lehre davon überzeugt, daß Sein und Wert eine Einheit bilden, daß aus der Einsicht in den Sachverhalt die Erkenntnis des sittlich Gesollten gefolgert werden könne.⁶⁶ Auch da ist P. von Nell-Breuning vorsichtiger geworden, insofern er die Differenz zwischen Erkenntnis und Entscheidung ernst nimmt, wenngleich er eine radikale Trennung von Sein und Wert nicht gelten läßt. Die umstrittene Frage nach der Unveränderlichkeit und Veränderlichkeit des Naturrechts hat er einmal einen Streit um Worte genannt. Unter vernünftigen Menschen sei der Streit vorbei, wenn man unterscheide zwischen dem, was sich aus der „Natur der Sache“ ergibt, unserer Einsicht in diesen Sachverhalt, den Grundsätzen, die diese Einsicht sprachlich auszudrücken suchen, und den aus den Grundsätzen gefolgerten, ebenfalls sprachlich gefaßten Anwendungen. P. von Nell-Breuning hat sich dabei auf Alexander Rüstow berufen: Eine naturrechtliche Norm, die sprachlich eingekleidet ist, sei wegen des Stückwerks unserer Erkenntnis und der Mängel des sprachlichen Ausdrucks bereits keine naturrechtliche Norm mehr.⁶⁷

(3) Über den Denkhorizont der katholischen Soziallehre hat P. von Nell-Breuning erst Anfang der siebziger Jahre reflektiert, nachdem diese in der Pastoralkonstitution des Zweiten Vatikanischen Konzils mit keinem Wort erwähnt wurde. 1958 beschränkte er sich auf die Definition der katholischen Soziallehre als einer Philosophie, insbesondere einer metaphysischen Anthropologie und einer Sozialmetaphysik, die Aussagen über den Menschen,

insofern er gesellschaftliches Wesen ist, über die menschliche Gesellschaft sowie über das Verhältnis von Einzelmensch und Gesellschaft bzw. von Einzelwohl und Gemeinwohl macht, sich dabei aber durchaus der von Gott geoffenbarten Wahrheit wie einem Scheinwerfer aussetzt und sich an dieser orientiert.⁶⁸

Der Kernbestand an Normen katholischen Soziallehre, die P. von Nell-Breuning nach eigenen Aussagen auf einen Fingernagel schreiben könne,⁶⁹ muß dann wohl in der Achtung der menschlichen Person, die in Kommunikation mit anderen Menschen lebt, in den Grundsätzen der Solidarität und Subsidiarität⁷⁰ sowie der sozialen Gerechtigkeit, die er in Anlehnung an die Ausdrucksweise bei Thomas, jedoch in einer dynamischen Gesellschaft als Gemeinwohlgerechtigkeit bezeichnet, bestehen. Eine solche Reduktion erscheint berechtigt, weil seine Reflexionen in den siebziger Jahre eher davor warnen, den normativen Inhalt, die Kompetenz, den Verbindlichkeitsgrad sowie die systematische Konsistenz der katholischen Soziallehre zu überschätzen.

Wenn P. von Nell-Breuning beispielsweise zwischen dem Grundgesetz, dem „common sense“, dem Godesberger Programm der SPD oder den übereinstimmenden Erfahrungen vernünftiger Menschen und den Grundnormen katholischer Soziallehre jeweils eine Konvergenz feststellt, mögen viele zwar den Eindruck haben, die Grundsätze katholischer Soziallehre würden zu beliebigen Leerformeln desavouiert. Es könnte aber auch sein, daß sie als regulative Ideen kommunikativer Verständigung bzw. Optionen eines im gesellschaftlichen Dialog zu ermittelnden allgemeinen Interesses bekräftigt werden. Darüberhinaus traue ich dem Jesuit P. von Nell-Breuning zu, daß er von der Zuversicht unseres Ordensgründers inspiriert ist, Gott wirklich in allen Dingen finden zu können, und daß er infolgedessen eher bereit ist, eine Aussage des Streitgegners bzw. Dialogpartners zu retten, indem er deren Wahrheitskern erspürt, als daß er sie kategorisch verurteilt.

(4) Ein letztes, sehr heikles Merkmal katholischen Denkhorizonts sind gesellschaftliche Ordnungsentwürfe. „Quadragesimo Anno“ enthält davon ein profiliertes Exemplar, das dem gesamten Rundschreiben zu der anspruchsvollen Überschrift verholten hat: „Die gesellschaftliche Ordnung, ihre Wiederherstellung und ihre Vollendung nach dem Heilsplan der Frohbotschaft“. Das Rundschreiben entwirft eine alternative Leitidee sowohl zur klassen-

losen Gesellschaft als auch zur kapitalistischen Klassengesellschaft, die um den Arbeitsmarkt zentriert und von ökonomischen Konflikten zersetzt ist, nämlich die organische Neugliederung einer klassenfreien Gesellschaft. Die Organisationsstruktur dieser Gesellschaft wird in der deutschen Übersetzung mit „Berufsständische Ordnung“ wiedergegeben; P. von Nell-Breuning spricht in den fünfziger Jahren von einem leistungsgemeinschaftlichen Ordnungsbild, das in dem Rundschreiben allerdings genausowenig konkretisiert und operationalisiert werde wie die Marxsche klassenlose Gesellschaft. Was sie nicht ist, läßt sich allenfalls verdeutlichen: keine Auslieferung der Gesellschaft an die Wirtschaft; kein Ständestaat; kein Zunftwesen; kein Zusammenschluß der Tarifparteien zu öffentlich-rechtlichen Körperschaften; keine dezentrierte Planwirtschaft; keine Umwandlung der Demokratie. Man darf an die Ergänzung des regionalen Föderalismus durch einen funktionalen Föderalismus denken, an eine Analogie zu den Handwerkskammern, an Formen der überbetrieblichen Mitbestimmung, an Branchenausschüsse, an branchenbezogene Interessenverbände, an eine Art Wirtschafts- und Sozialrat.⁷¹

Die Aussagen des Rundschreibens über die gesellschaftliche Neugliederung sind nach Meinung P. von Nell-Breunings gründlich mißverstanden worden.⁷² Andererseits sind die bisherigen positiven Interpretationen dermaßen allgemein und austauschbar, daß die mangelnde Anziehungskraft eines solchen Ordnungsentwurfs nur allzu verständlich ist. Vielleicht hat sich das Problem dadurch erledigt, daß manche kapitalistische Klassengesellschaften mittlerweile in interessenpluralistische, mit korporativen Mustern durchwachsene Gesellschaften wie etwa in Österreich, Schweden und in der Bundesrepublik Deutschland transformiert worden sind.⁷³

Die Frage nach dem sozial-religiösen Standort P. von Nell-Breunings, nach der Prägung, dem Lebensinteresse, dem Denkhorizont bleibt am Ende merkwürdigerweise ziemlich offen. Weil P. von Nell-Breuning, wie er eingesteht, kein Philosoph und Theologe, sondern nüchterner Jurist und Ökonom ist?⁷⁴ Weil nicht in erster Linie die theoretische Brillanz des Professors, sondern viel mehr die praktisch-politische Bilanz des Intellektuellen zählt, der in die gesellschaftliche Öffentlichkeit hineinwirkt?

P. von Nell-Breuning versteht sich als Professor im Sinn eines Bekenners, der sich in Wirtschaft und Gesellschaft zu grundlegenden ethischen Über-

zeugungen bekennt.⁷⁵ Während der Gelehrte sich in den den Elfenbeinturm zurückzieht, publiziert P. von Nell-Breuning über das gesamte politische Spektrum der öffentlichen Meinung hinweg — in ökonomischen, juristischen und sozialpolitischen Fachzeitschriften, in Lexika, in den „Stimmen der Zeit“, in den Gewerkschaftlichen Monatsheften, in den Organen der Einzelgewerkschaften, in Publik(-Forum), im Rheinischen Merkur, in den Kirchenzeitungen, im Volkswirt bzw. in der Wirtschaftswoche, in der F.A.Z., im Rundfunk und im Fernsehen. P. von Nell-Breuning ist ein politisch intervenierender, „kirchlicher Intellektueller“.

Er wollte in der Gesellschaft etwas bewegen; und er hat bewegt. Ich will im folgenden angeben, was er praktisch-politisch bewegt, welche Prozesse er ermutigend und warnend begleitet hat.

3. Der Motor

Dem öffentlichkeitswirksamen Engagement P. von Nell-Breunings sind meiner Meinung nach fünf „motorische Leistungen“ zuzuschreiben: die soziale Korrektur der Marktwirtschaft, die Einbindung der Gewerkschaften in eine interessenpluralistische Gesellschaft, die Transformation des Kapitalismus, der Umbau der Industriegesellschaft sowie die Klimaverbesserung zwischen katholischer Kirche und Gewerkschaften.

Die soziale Korrektur der Marktwirtschaft

Im Kommentar zu „Quadragesimo Anno“ sowie in einem Beitrag aus dem Jahre 1950 hat P. von Nell-Breuning den wirtschaftlichen Liberalismus scharf kritisiert. Der Markt und der freie Wettbewerb seien nicht in der Lage, das ausschließliche Steuerungselement bzw. das vollkommene Ordnungsprinzip der Wirtschaft zu sein. Daß die Selbstregulierung des Marktes, wenn nur jedes Wirtschaftssubjekt konsequent seine eigenen Interessen verfolge, zu sozial befriedigenden Ergebnissen führe, weist er als Irrglauben zurück.⁷⁶ Das Vertrauen in die Selbstheilungskräfte des Marktes scheitere schon allein daran, daß die liberale Theorie auf wirklichkeitsfremden An-

nahmen beruhe, wie z.B. einer vollständigen Information und Rationalität der Marktteilnehmer, einer weitgehenden Elastizität der Struktur- und Verhaltensvariablen und schließlich einer totalen Abwesenheit wirtschaftlicher Macht. Aber selbst wenn das Modell sich annäherungsweise verwirklichen lasse, bleibe die freie Konkurrenz doch nur ein Ordnungsinstrument; einmal weil sie an eine ursprüngliche Wirtschaftsverfassung rückgebunden sei, und zum anderen weil sie eine kaufkräftige Nachfrage und deren Verteilung bereits voraussetze.⁷⁷ Wer von der kaufkräftigen Nachfrage und deren willkürlichen Verteilung allein die Steuerung der Produktion erwarte, muß sich mit einem entweder anarchischen oder plutokratischen Charakter der Marktwirtschaft abfinden. Der Markt ist nicht demokratisch, denn der Stärkere setzt sich durch; außerdem zählen diejenigen nicht, die keine marktadäquate Leistung erbringen.⁷⁸ Von einer marktwirtschaftlichen Ordnung könne man erst dann reden, wenn das „Sachziel“ der Wirtschaft, nämlich menschliche Bedürfnisse in menschenwürdiger Weise zu befriedigen, gewährleistet sei.⁷⁹

Von einer solchen, an der sozialen Gerechtigkeit orientierten wirtschaftlichen Leitidee her wird verständlich, daß P. von Nell-Breuning dem von Müller-Armack entworfenen Konzept der sozialen Marktwirtschaft kritisch begegnet. Zwar ist auch Müller-Armack davon überzeugt, daß der Wettbewerb nicht aus sich heraus funktioniert, daß Einkommensübertragungen von den wirtschaftlich Leistungsfähigen zu den Leistungsschwachen durchgeführt werden müssen, und daß wirtschaftliches Wachstum aktiv zu fördern ist; hier liege ein Aufgabenfeld für den Staat, das Eigeninteresse in den Dienst des allgemeinen Interesses zu lenken. Dessen Interventionen dürften jedoch den Marktprozeß nicht stören, mehr noch: sie müßten marktkonform bleiben. P. von Nell-Breuning hat einem solchen Primat des Wirtschaftlichen, insofern der Staat fast ausschließlich für einen funktionstüchtigen Wettbewerb zu sorgen hat, widersprochen. Der Sozialstaat habe nicht bloß den Wettbewerb zu kontrollieren, sondern Sozialpolitik zu garantieren, Sozialreformen anzustoßen und ökologische Verantwortung zu übernehmen. Insofern eine mit sozialgerechter Zielsetzung gelenkte Marktwirtschaft dem kategorischen Imperativ, nämlich menschliche Bedürfnisse in menschenwürdiger Weise zu befriedigen, gehorche, müßten sich die sozial befriedigenden Ergebnisse einer Marktwirtschaft u.a. daran messen lassen, wie diese auf dem sogenannten Arbeitsmarkt ein Gleichgewicht schaffe, die Arbeitsorganisation menschengerecht gestalte und eine ausgewogene Einkommensverteilung herbeiführe.⁸⁰

So will ich im folgenden drei Handlungsfelder hervorheben, für die P. von Nell-Breuning wiederholt die soziale Korrektur der Marktwirtschaft eingeklagt hat: die Einkommensverteilung, die Rentenversicherung und die Bodenpolitik.

(1) Das Thema einer sozial befriedigenden Einkommensverteilung in einer gelenkten Marktwirtschaft steht leicht im Schatten einer weltanschaulichen Eigentumsdebatte und eines bestimmten Typs von Mitbestimmungsdiskussion, in der eine breite Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln als Komplement oder Vorbedingung der Beteiligung von Arbeitnehmern an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen angestrebt wird. P. von Nell-Breuning hat jedoch in mehr als dutzend Beiträgen während der fünfziger und sechziger Jahren den sozialen Charakter der Marktwirtschaft an einer sozial befriedigenden Bedarfsdeckung, und demgemäß an einer entsprechenden Einkommensgestaltung, die nicht mit der aus dem Zufallsspiel der freien Marktkräfte hervorgegangenen Einkommensverteilung identisch ist, gemessen.⁸¹ Er sieht die Einkommensverteilung von zwei Seiten her bestimmt: von der Entstehungsseite her in der personalen Verfügung über Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bzw. aus abhängiger Beschäftigung, d.h. Gewinn- bzw. Lohneinkommen, und von der Verwendungsseite her in der funktionalen Zuweisung der Einkommen für Investitions- bzw. Konsumzwecke. Solange man an der Gleichsetzung festhalte, daß die Lohneinkommen der konsumptiven und die Gewinneinkommen der investiven Verwendung zugeführt werden, liege die Grenze der Lohneinkommen und der Lohnquote bei deren konsumptiver Verwendung. Infolgedessen müßten bei wachsendem Investitionsbedarf der Wirtschaft die Lohneinkommen reduziert werden, während sie bei gleichbleibender Investitionsquote (kostenneutral und verteilungsneutral) im Maß der Produktivitätssteigerung angehoben werden könnten; eine Änderung der einseitigen Konzentration des Produktiveigentums in der Hand einer Minderheit sei auf diesem Wege nicht erreichbar. Blicke dagegen ein Teil der gestiegenen Lohneinkommen investiv gebunden, könnten die Löhne über die verteilungsneutrale Grenze des Produktivitätsfortschrittes hinaus ansteigen und die Einkommens- sowie Vermögensverteilung korrigiert werden, ohne daß eine niedrigere gesamtwirtschaftliche Sparquote und/oder Unterbeschäftigung zu befürchten seien.⁸²

(2) Die Beiträge P. von Nell-Breunings zur sozialen Sicherung des Alters umspannen einen Zeitraum von mehr als 30 Jahren.⁸³ Sein Werben um eine

Rentenreform, die diesen Namen verdient, läßt sich in vier Kernsätzen systematisieren. Erstens hat er großen Wert darauf gelegt, daß der finanztechnische und der güterwirtschaftliche Aspekt auseinandergelassen werden. Für eine Bevölkerungsminderheit derselben Generation lasse sich allenfalls ein Kapitaldeckungsverfahren sinnvoll konstruieren, insofern monetäre Rücklagen gebildet und im Alter aufgelöst würden; für die gesamte Bevölkerung komme jedoch nur ein Umlageverfahren in Betracht. Mit dieser Einsicht wurde zweitens das eigentliche reale Verteilungsproblem benannt: Die gegenwärtige Generation der Erwerbstätigen kann nur einen Teil der laufenden Produktion an Gütern und Diensten dem eigenen Verbrauch widmen, den anderen Teil muß sie den noch nicht bzw. nicht mehr erwerbstätigen Generationen zur Verfügung stellen. Drittens sind die öffentlichen Klagen über die ungünstige Bevölkerungsentwicklung, den Rentenberg oder die Rentelast mehrmals als Scheinproblem enttarnt worden: angesichts der hohen wirtschaftlichen Produktivität, der Massenarbeitslosigkeit und des positiven Zuwanderungssaldos der Ausländer hätten die eigentlich relevanten Fragen gelautet, wie hoch die Zahl der Erwerbstätigen und der Nichterwerbstätigen sei, um wieviel die Verfügungseinkommen der Rentenbezieher von denen der Erwerbstätigen abweichen sollten, und wie die auf Grund der hohen Produktivitätsentwicklung im Industriebereich freigesetzten Arbeitskräfte in den sozialen Dienstleistungsbereich umgesetzt und/oder neue Arbeitskräfte für den Bereich der sozialen Alterssicherung bereitgestellt werden könnten. Und viertens hat P. von Nell-Breuning die nie abgestellte strukturelle Asymmetrie des Rentensystems kritisiert, daß zwar die Alterssicherung kollektiv geregelt ist, aber die Kinder- und Jugendsicherung den Kleinfamilien individuell aufgebürdet bleibt. Eine echte Alterssicherung umfasse drei Generationen, damit nicht kinderlose Erwerbstätige veranlaßt werden, auf die Kinder erwerbstätiger Eltern zu spekulieren. Würde die Alterssicherung mit einem Familienlastenausgleich kombiniert, dann zahlten die Erwerbstätigen, die Kinder haben, von denen ja später die Rentenzahlungen aufzubringen sind, einen ermäßigten Beitrag zur Alterssicherung.

(3) Das Interesse P. von Nell-Breunings an der Bodenpolitik scheint aus unterschiedlichen Motiven gespeist zu sein. Lokale Erfahrungen während seiner Jugendzeit in Trier, Kontakte zur Bodenreformbewegung, Tätigkeit im Katholischen Siedlungsdienst und schließlich stellvertretender Vorsitz im Wohnungswirtschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Städtebau und Wohnungswesen haben die ganz unterschiedlichen Bausteine seines

bodenpolitischen Engagements zusammengefügt. Als erstes fällt ein strukturkonservativer Akzent bei der Verteidigung des Wohnungseigentums auf: durch eine Eigentumsordnung namentlich an Grund und Boden könne der Abrutsch in den totalen Kollektivismus aufgehalten werden;⁸⁴ Familien blieben im Lot, wenn sie über ein Eigenheim als ihr ökonomisches Gravitationszentrum verfügten.⁸⁵ Doch scheint dies eine periphere Argumentation zu sein. Denn P. von Nell-Breuning hat andererseits den extrem individualistischen, von ihm jakobinisch genannten Eigentumsbegriff, der bei beweglichen Sachen gerechtfertigt sein mag, nicht jedoch beim städtischen Grund und Boden, äußerst heftig zurückgewiesen.⁸⁶ Ebenso haben die besonderen Eigenschaften beispielsweise des Bodens in der Stadt sowie die Diskussion um ein soziales Grundrecht auf Wohnung, das eher ein Zielgebot staatlicher Wohnungsbaupolitik ist,⁸⁷ ihm die Grenzen einer rein konkurrenzwirtschaftlichen Steuerung des Bodenmarkts deutlich gemacht.⁸⁸ Deshalb hat er die groteske Asymmetrie des existierenden Bodenrechts beklagt, daß nämlich alle öffentlichen Maßnahmen, die den Nutzen eines Grundstücks beeinträchtigen, hoch entschädigt werden, während die Wertsteigerung eines Grundstücks, die durch öffentliche Planung bedingt ist, voll dem Eigentümer zufällt.⁸⁹ Hat P. von Nell-Breuning am Ende eine resignative Bilanz gescheiterter Bodenpolitik gezogen?⁹⁰ Immerhin ist er zu einem harten Urteil gekommen: Die Anhänger der Mietpreisbindung auf dem Wohnungsmarkt wollten einen sozialen Ausgleich schaffen, doch im Endergebnis verfielen die Altbauten, und das Angebot an preiswerten Wohnungen ging zurück.⁹¹ Ähnlich wollten die Verfechter des Grundstücksverkehrsgesetzes 1961 die Bauern vor Bodenwucher schützen, doch das Resultat war dessen Legalisierung. Die Väter des Steueränderungsgesetzes bekräftigten 1965 den Grundsatz risikobewußter Geschäftsführung, Gewinne erst nach ihrer Realisierung zu besteuern; im Ergebnis wurden die Eigenbebauung und Eigennutzung von Grundstücken in der Stadt oder deren Verkauf und die gleichzeitige Wiederanlage des Gewinns durch den Neuerwerb eines Grundstücks auf dem Land und entsprechende Nachfrage- und Bodenpreissteigerungen induziert. Der bei der Erarbeitung eines Bundesbaugesetzes vorgesehene Planungsausgleich ist an der fehlenden Bundeskompetenz gescheitert, und die als Ersatz vorgesehene Baulandsteuer blieb auf dem Wege stecken. So konnte trotz und wegen solcher Maßnahmen das Angebot an Wohnungsbauland nicht verflüssigt werden, private Wohnungsbautätigkeit blieb weiterhin entmutigt.

Einbindung der Gewerkschaften

Die zweite motorische Leistung, die P. von Nell-Breuning zugeschrieben werden kann, ist die sympathische und kritische Begleitung der Gewerkschaften auf ihrem Weg von einer klassenbewußten und klassenkämpferischen Interessenvertretung zu einem gesellschaftlichen Machtfaktor. Die „Zähmung“ dieses Machtfaktors zu einem Ordnungsfaktor der interessenpluralistischen Gesellschaft hat ihn in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der Mitte der sechziger Jahre und in der Mitte der siebziger Jahre beschäftigt. Ich will im folgenden fünf Gesichtspunkte, von denen seine Reflexionen über die westdeutschen Einheitsgewerkschaften geprägt sind, herausgreifen, nämlich die Sorge um weltanschauliche Objektivität, Interessenbeschränkung, Verantwortungsbewußtsein, Offenheit für die Zukunft und Respekt vor dem demokratischen Staat.

(1) Die Verpflichtung zur weltanschaulichen Objektivität, d.h. zur Rücksichtnahme auf die unterschiedlichen religiösen bzw. politischen Überzeugungen der Mitglieder ergab sich für P. von Nell-Breuning zwingend aus dem Charakter der Einheitsgewerkschaft. Sollte eine reale Chance bestehen, christliche Arbeiter zum Eintritt in eine mehrheitlich der sozialistischen Tradition verpflichtete Gewerkschaft zu bewegen, dann müßte sich zumindest die Gewerkschaftsführung von streng marxistischen Positionen lossagen und vermittelnde Positionen einnehmen. Außerdem waren in der Nachkriegszeit die „kommunizierenden Röhren“ nicht nur des katholischen Milieus, nämlich Zentrumspartei und christliche Gewerkschaften, sondern auch des sozialdemokratischen Arbeitermilieus, nämlich sozialistische Partei und freie (sozialistische) Gewerkschaften entfallen; folglich müßten sich die Einheitsgewerkschaften um parteipolitische Unabhängigkeit bemühen.⁹²

(2) Daraus folgte er, daß eine Einheitsgewerkschaft den Rahmen der Interessenvertretung viel enger ziehen müsse als eine Richtungsgewerkschaft. Es mag zwar naheliegen, die Grenzen zwischen dem, was die Arbeitnehmer als Arbeitnehmer interessiert, und dem, was von allgemeinem politischen Interesse ist, zerfließen zu lassen. Aber ein universaler Zuständigkeitsanspruch berge die Gefahr, daß sich die Gewerkschaften zu einem bürokratischen Apparat von Funktionären aufblähen, die zwar detaillierte Sachkenntnis aufweisen, aber den Kontakt zur Mitgliederbasis verlieren.⁹³

(3) Eine erhebliche gesellschaftliche Verantwortung haben die Gewerkschaften nach Auffassung P. von Nell-Breunings auf ihre Schultern geladen, als sie sich auf die kapitalistische Industriegesellschaft einließen und infolgedessen darauf aus waren, den Kapitalismus nicht zu brechen, sondern im eigenen Interesse umzubiegen. Darin sah er indessen keinen Abfall von den ursprünglichen Idealen der Arbeiterbewegung. Denn immerhin hatte sich die rechtliche Lage der Arbeiter positiv verändert; diese hatten sich zu starken Interessenvertretungen zusammengeschlossen, konnten Betriebsräte wählen und bestimmten in den Aufsichtsräten der Montanunternehmen mit. Die industrielle Klassengesellschaft hatte sich inzwischen zur „interessenpluralistischen Gesellschaft“⁹⁴ gewandelt. Die klassischen Gewerkschaften waren — nach einer Charakteristik von Goetz Briefs — „gefestigte“ Gewerkschaften geworden, die selbst zum festen Bestandteil der herrschenden Ordnung wurden: sie schlossen Tarifverträge ab, die als allgemeinverbindlich erklärt wurden, waren in den Gremien der Sozialversicherung vertreten und an der Arbeitsgerichtsbarkeit beteiligt. Ursprünglich als private Interessenverbände angetreten, sind sie schrittweise zu öffentlich-rechtlichen Einrichtungen, zu gesellschaftlichen Ordnungsfaktoren avanciert.⁹⁵

Nur scheint die Selbsterkenntnis der Gewerkschaften dieser veränderten Lage noch nicht gerecht geworden zu sein. Denn diese verharrten nach Meinung P. von Nell-Breunings in einem antikapitalistischen, klassenkämpferischen Bewußtsein, das sich der bestehenden Ordnung widersetzte, primitive Vorstellungen über komplexe wirtschaftliche Prozesse lebendig hielt und diese durch eine Demonstration gewerkschaftlicher Macht zu beeinflussen suchte.⁹⁶

(4) Zu sehr an der Vergangenheit und zu wenig an der Zukunft ausgerichtet, so stellten sich die Gewerkschaften dem kritisch prüfenden Blick P. von Nell-Breunings dar, weil sie nicht über das Lohnarbeitsverhältnis hinausblickten. Und das in zweifacher Hinsicht: Einmal griff er die Lohnpolitik der Gewerkschaften der fünfziger und der sechziger Jahre an, weil diese die Durchsetzung nominaler Lohnerhöhungen für eine reine Machtfrage hielten, die kreislauftheoretischen Zusammenhänge dagegen außer Acht ließen, die jeweils darauf hinwirkten, daß Preiserhöhungen die Lohnerhöhungen konterkarierten, solange die Lohnzuwächse ausschließlich konsumtiv verwendet wurden, ohne daß das Konsumgüterangebot entsprechend ausgeweitet worden war.⁹⁷ Zum andern hat P. von Nell-Breuning bei den Gewerk-

schaften angefragt, ob sie das Lohnarbeitsverhältnis, unter dessen Gesetz, nämlich der Herrschaft des Kapitalismus sie angetreten seien, für alle Zeit aufrechterhalten wollten. Er fand deren Engagement halbherzig, dem Lohnarbeitsverhältnis eine Mitbestimmungsform bloß äußerlich aufzupropfen, anstatt eine eigentliche Unternehmensverfassung zu schaffen, durch die denen, die ihre Lebensarbeit in das Unternehmen hineinstecken, eine originäre Rechtsstellung zuerkannt wird.⁹⁸

(5) Welche Rolle die Gewerkschaften in einer funktionierenden Demokratie spielen, hat P. von Nell-Breuning nicht nur im Zusammenhang mit dem Mitbestimmungsgesetz in der Montanindustrie⁹⁹ beschäftigt. Wie er das Streikrecht, das manchen wie ein Relikt aus der Zeit des Fehderecht erscheinen mochte,¹⁰⁰ als Ausdruck einer entwickelten Rechtskultur verteidigt hat, so sehr umschrieb er die Grenzen des Streikrechts. Der Erzwingungsstreik ist für ihn eine Form der Nötigung, die allenfalls gerechtfertigt sein kann, wenn das Ziel und die Mittel einwandfrei sind und ein vertretbares Verhältnis zwischen Ziel und Mittel eingehalten wird. Er stellt sich auch die Frage, ob ein Streik, der den Tarifgegner unter Druck setzt, um die Staatsorgane aus der Umklammerung dieser gesellschaftlichen Gruppe zu lösen, als verwerflich einzustufen ist. Der politische Streik im engeren Sinn jedoch, der unmittelbar auf Staatsorgane Druck ausübt, um deren Handeln im Interesse der Streikenden zu beeinflussen, ist nicht gerechtfertigt.¹⁰¹ Sollten die Gewerkschaften mit der Idee liebäugeln, ein Staat neben dem Staat zu sein, so treffen sie auf den unerbittlichen Einspruch P. von Nell-Breunings, der der rechtmäßigen staatlichen Obrigkeit mit hohem Respekt begegnet.¹⁰²

Transformation des Kapitalismus

Wenn der Kapitalismus dadurch charakterisiert wird, daß diejenigen, die über keine Produktionsmittel verfügen, gezwungen sind, ihre Arbeitskraft denen anzubieten, die Produktionsmittel ihr Eigentum nennen, dann könnte die breite Streuung des Produktivvermögens bereits ein Beitrag sein, den Kapitalismus zu verändern. Das anfänglich starke Interesse P. von Nell-Breunings an der Analyse der Eigentumsfunktionen und an einer Sozialpolitik, die der Bildung von Wohnungseigentum bei den Arbeitern erhebliches Gewicht einräumt,¹⁰³ ist zweifellos während der wirtschaftlichen Aufbauphase

der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg in sein Plädoyer eingegangen, das neugebildete Produktivvermögen breit zu streuen und die Arbeiter an der Vermögensbildung aktiv zu beteiligen. Allerdings war ihm der Aspekt der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der wirtschaftlichen Macht vorrangig. Da die wirtschaftliche Macht in einem kapitalistischen Unternehmen mit dem Eigentum und der Verfügungsmacht über die Produktionsmittel gekoppelt und infolgedessen asymmetrisch verteilt ist, trat die Forderung nach Vermögensbeteiligung zeitweilig hinter der Mitbestimmungsforderung zurück — und zwar aus zwei Gründen: einmal mußte es ein langfristiges Ziel bleiben, die Vermögensverteilung merklich zu verändern, während die wirtschaftliche Mitbestimmung kurzfristig erreichbar schien. Zum anderen hat die Diskussion um eine Unternehmensverfassung den Akzent von der Beteiligung am Gesellschaftsvermögen auf die Beteiligung am unternehmerischen Entscheidungsprozeß verlagert; diese gründet allein auf der Tatsache, daß die Mitarbeiter ihre Arbeitskraft in den Personenverband, den das Unternehmen darstellt, einbringen.

Immerhin hat die Forderung nach wirtschaftlicher Mitbestimmung, die auf dem Bochumer Katholikentag 1949 als ein dem Eigentum vergleichbares natürliches Recht proklamiert worden war, das arbeitsethische und arbeitspolitische Bemühen P. von Nell-Breunings Jahrzehnte hindurch beherrscht.¹⁰⁴ Begründet hat er sie nie bloß damit, daß die wirtschaftliche Mitbestimmung im Unternehmen die materielle Lage des Arbeiters verbessern könne, sondern vorrangig mit der Menschenwürde des Arbeiters, der nicht als bloßes Produktionsmittel verschlissen oder als bloßer Befehlsempfänger entwertet werden dürfe, vielmehr als Mensch im Mittelpunkt des Produktionsprozesses zu stehen und durch die Arbeit seine Persönlichkeit zu entfalten habe.¹⁰⁵ Beim Einlösen des „Wechsels von Bochum“¹⁰⁶ hat P. von Nell-Breuning eine radikale Logik der wirtschaftlichen Mitbestimmung im Unternehmen nach drei Richtungen hin argumentativ verteidigt: erstens gegen das Argument, das Eigentumsrecht schließe die Mitbestimmung aus; zweitens gegen die Mischform einer Mitbestimmung, die das bestehende Gesellschaftsrecht unangetastet läßt; drittens gegen die Ausblendung der Unternehmerfunktion im mitbestimmten Unternehmen.

(1) Die wirtschaftliche Mitbestimmung besteht für P. von Nell-Breuning nicht darin, dem persönlichen Eigentümer eines Unternehmens in die Verfügung über sein Vermögen hineinzureden. Wenn ein Einzelunternehmer und

keiner sonst mit dem ganzen Vermögen für die Folgen seiner Entscheidungen haftet, dann ist eine wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer nicht vertretbar. Wohl aber, wenn die Funktion des Kapitalgebers von der des Unternehmers getrennt ist, und wenn diejenigen, die das Kapital und die Produktionsmittel zur Verfügung stellen, auf die Mithilfe von Arbeitskräften angewiesen sind, und wenn die Arbeitskräfte sich einer fremden Leitungsgewalt, die von den Kapitalgebern her legitimiert ist, unterstellen müssen.¹⁰⁷ Für eine solche Mitbestimmung kann die Eigentumsgarantie des Grundgesetzes keine Schranke sein.

(2) Das Montanmitbestimmungsgesetz von 1951 sowie das Mitbestimmungsgesetz von 1976 haben die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Unternehmen auf das herrschende Gesellschaftsrecht aufgepfropft. Denn während in der Gesellschafterversammlung die Kapitaleigner unter sich sind, und während der vom Aufsichtsrat berufene Vorstand die Geschäfte in eigener Verantwortung führt, sind Arbeitnehmervertreter allein in das Aufsichtsorgan des Unternehmens eingezogen. Sie belegen in Großunternehmen der Montanindustrie die Hälfte, in der übrigen Wirtschaft ein Drittel der Sitze. Die Reformvorschläge, die P. von Nell-Breuning in Zusammenarbeit mit mehreren Professoren in einem Gutachten entworfen hat, setzen jedoch viel radikaler an. Das Unternehmen sei ein sozio-ökonomischer Verband von Personen, die ihre Arbeitskraft oder ihr Kapital für den Produktionsprozeß zur Verfügung stellen. Deshalb gehe es darum, für das Unternehmen als sozio-ökonomischen Interaktionsraum eine Verfassung auszuarbeiten, nachdem es für den Betrieb bereits eine Verfassung gibt. Diese Verfassung müsse auf der Existenz und Kooperation zweier Gruppen, der Kapitaleigner und Arbeitskräfte gründen, die das verantwortliche Handeln einer Unternehmensleitung legitimieren.¹⁰⁸

(3) Verschiedene Konzepte einer wirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Unternehmen bauen auf einem zweipoligen System mit dem Gegensatz von Kapital und Arbeit auf. So hat man der Katholischen Soziallehre und dem Marxismus nachgesagt, sie hätten den Unternehmer vergessen, indem sie ihn einfach mit dem Kapitalgeber bzw. Arbeitgeber identifizierten.¹⁰⁹ Die Funktion eines Unternehmers bestehe jedoch darin, kreativ und dynamisch die Produktion auf die Nachfragesignale auszurichten sowie das Kapital und die Arbeitskräfte zu einer effizienten Produktion optimal miteinander zu kombinieren. Der Unternehmer bzw. die Unternehmens-

leitung empfangen ihre Legitimation gemäß der dreipoligen Unternehmensverfassung, für die P. von Nell-Breuning eingetreten ist, nicht von der Kapitalseite allein, sondern von der Belegschaft und von den Kapitalgebern; sie werden vom Vertrauen beider Gruppen getragen.¹¹⁰ Eine solche Unternehmensverfassung hätte den Kapitalismus, nämlich das kapitalistische Unternehmen nicht bloß umgebogen, sondern schon gebrochen.

Umbau der Industriegesellschaft

Die Industriegesellschaft ist um die Erwerbsarbeit herum als ihre Schlüsselgröße konstruiert; durch die Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten, durch ein Einkommen entgoltenen Arbeit erhalten die Menschen ihre Lebenschancen. Was Hannah Arendt 1960 für die Arbeitsgesellschaft als verhängnisvoll befürchtete, daß dieser nämlich die Arbeit ausgehe,¹¹¹ hat P. von Nell-Breuning unter zweifachem Aspekt reflektiert, einmal als ethische Option, zum anderen als ökonomische Feststellung. Die praktische Schlußfolgerung aus beiden würde einen radikalen Umbau der Industriegesellschaft auslösen.

(1) In der Auseinandersetzung mit Karl Marx hat P. von Nell-Breuning das christliche Verständnis der Arbeit artikuliert. Während bei Marx die Arbeit, nämlich die Auseinandersetzung mit der Natur den Menschen zum Menschen macht, gründen die Christen die Würde der Arbeit in der Personwürde des Menschen; der Mensch sei nicht deswegen Mensch, weil er arbeite, vielmehr sei die Arbeit als Ausdruck der Person menschlich.¹¹² Nachdem das Sozialrundsreiben Papst Johannes II. über die menschliche Arbeit erschienen war, wurde diese Option weiter entfaltet. Einerseits wurden in Anlehnung an Karl Marx drei Dimensionen menschlicher Arbeit, nämlich die naturale, personale und soziale Dimension anerkannt, andererseits wurde die personale Dimension besonders akzentuiert, insofern der mit Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung ausgestattete Mensch sich in der Arbeit selbst darstellt und schöpferisch entfaltet. Aus einem solchen Arbeitsverständnis folgt zwingend, daß Arbeit nicht mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt werden kann, vielmehr alle Formen der Hausarbeit, Sozialarbeit, Hobby- und Eigenarbeit, Erziehungs- und Beziehungsarbeit umfaßt. P. von Nell-Breuning hat mit definitorischer Schärfe die Vielschichtigkeit dessen, was wir

Arbeit nennen, zu erfassen, sie vom Spiel abzugrenzen, zwischen selbstständiger und unselbständiger, zwischen Erwerbsarbeit und Beruf zu unterscheiden versucht. Am Ende steht die Erkenntnis, daß die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nur den geringeren Teil dessen erfaßt, was an wirtschaftlicher Wertschöpfung geleistet wird, zu der auch die Erziehungs- und Beziehungsarbeit der unentgeltlich tätigen Hausfrauen gehört sowie die menschliche Zuwendung von Nachbarn und Familienangehörigen, die diese beispielsweise alten und kranken Menschen zukommen lassen.¹¹³

(2) Die Massenarbeitslosigkeit der achtziger Jahre und die Bemühungen, sie zu beseitigen, hat eine Tatsache bewußt gemacht, daß sich nämlich die Menge der produzierten Güter und Dienste 1960-1983 real verdoppelt hat, während das gesellschaftliche Arbeitsvolumen um ein Fünftel zurückgegangen ist. Ob die steigende Arbeitsproduktivität nun als ein Segen oder als ein Fluch einzustufen sei, hat P. von Nell-Breuning zunächst mit der Unterscheidung abweichender Arbeitsformen beantwortet: Der selbstständig Arbeitende und die Hausfrau empfinden die Produktivitätssteigerung als eine echte Entlastung; nur die Produktivitätssteigerung der abhängigen Erwerbsarbeit, die nicht durch eine Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums aufgefangen wird, wird als eine Plage empfunden, denn sie erhöht die Arbeitslosigkeit. Nun ist der bisher praktizierte Ausweg aus der Arbeitslosigkeit, nämlich ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum, wegen der Grenzen des Ressourcenverbrauchs und der drohenden Umweltzerstörung nicht gangbar. So bleibt also nur eine Politik radikaler Arbeitszeitverkürzung, die weder bei der 35-Stunden-Woche noch bei der 24-Stunden-Woche Halt macht. Denn zur Deckung des gesamten Bedarfs an produzierten Konsumgütern dürfte in absehbarer Zeit ein Tag in der Woche mehr als ausreichen.¹¹⁴

(3) P. von Nell-Breuning hat die traditionelle Wachstumspolitik zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit äußerst kritisch beurteilt. Die unter anderem technisch bedingte Produktivitätsschere zwingt zu einer radikalen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, weil und insofern es nicht sinnvoll sei, jedes Mehr an Produktivität in ein Mehr an Produktion — eventuell zur erwerbsmäßigen Gestaltung der Freizeit — umzusetzen. Viel wichtiger wäre es, die Erwerbstätigkeit, die der Beschaffung und Erhaltung der lebensnotwendigen Güter und Leistungen dient, auf Dauer als Nebenbeschäftigung anzusehen und den Sinn des Lebens in jenen Tätigkeiten zu suchen, die der menschlichen Kommunikation, der Partnerschaft, der Erziehung und musischen

leitung empfangen ihre Legitimation gemäß der dreipoligen Unternehmensverfassung, für die P. von Nell-Breuning eingetreten ist, nicht von der Kapitalseite allein, sondern von der Belegschaft und von den Kapitalgebern; sie werden vom Vertrauen beider Gruppen getragen.¹¹⁰ Eine solche Unternehmensverfassung hätte den Kapitalismus, nämlich das kapitalistische Unternehmen nicht bloß umgebogen, sondern schon gebrochen.

Umbau der Industriegesellschaft

Die Industriegesellschaft ist um die Erwerbsarbeit herum als ihre Schlüsselgröße konstruiert; durch die Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten, durch ein Einkommen entgoltenen Arbeit erhalten die Menschen ihre Lebenschancen. Was Hannah Arendt 1960 für die Arbeitsgesellschaft als verhängnisvoll befürchtete, daß dieser nämlich die Arbeit ausgehe,¹¹¹ hat P. von Nell-Breuning unter zweifachem Aspekt reflektiert, einmal als ethische Option, zum anderen als ökonomische Feststellung. Die praktische Schlußfolgerung aus beiden würde einen radikalen Umbau der Industriegesellschaft auslösen.

(1) In der Auseinandersetzung mit Karl Marx hat P. von Nell-Breuning das christliche Verständnis der Arbeit artikuliert. Während bei Marx die Arbeit, nämlich die Auseinandersetzung mit der Natur den Menschen zum Menschen macht, gründen die Christen die Würde der Arbeit in der Personwürde des Menschen; der Mensch sei nicht deswegen Mensch, weil er arbeite, vielmehr sei die Arbeit als Ausdruck der Person menschlich.¹¹² Nachdem das Sozialrundschreiben Papst Johannes II. über die menschliche Arbeit erschienen war, wurde diese Option weiter entfaltet. Einerseits wurden in Anlehnung an Karl Marx drei Dimensionen menschlicher Arbeit, nämlich die naturale, personale und soziale Dimension anerkannt, andererseits wurde die personale Dimension besonders akzentuiert, insofern der mit Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung ausgestattete Mensch sich in der Arbeit selbst darstellt und schöpferisch entfaltet. Aus einem solchen Arbeitsverständnis folgt zwingend, daß Arbeit nicht mit Erwerbsarbeit gleichgesetzt werden kann, vielmehr alle Formen der Hausarbeit, Sozialarbeit, Hobby- und Eigenarbeit, Erziehungs- und Beziehungsarbeit umfaßt. P. von Nell-Breuning hat mit definitorischer Schärfe die Vielschichtigkeit dessen, was wir

Arbeit nennen, zu erfassen, sie vom Spiel abzugrenzen, zwischen selbstständiger und unselbstständiger, zwischen Erwerbsarbeit und Beruf zu unterscheiden versucht. Am Ende steht die Erkenntnis, daß die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nur den geringeren Teil dessen erfaßt, was an wirtschaftlicher Wertschöpfung geleistet wird, zu der auch die Erziehungs- und Beziehungsarbeit der unentgeltlich tätigen Hausfrauen gehört sowie die menschliche Zuwendung von Nachbarn und Familienangehörigen, die diese beispielsweise alten und kranken Menschen zukommen lassen.¹¹³

(2) Die Massenarbeitslosigkeit der achtziger Jahre und die Bemühungen, sie zu beseitigen, hat eine Tatsache bewußt gemacht, daß sich nämlich die Menge der produzierten Güter und Dienste 1960-1983 real verdoppelt hat, während das gesellschaftliche Arbeitsvolumen um ein Fünftel zurückgegangen ist. Ob die steigende Arbeitsproduktivität nun als ein Segen oder als ein Fluch einzustufen sei, hat P. von Nell-Breuning zunächst mit der Unterscheidung abweichender Arbeitsformen beantwortet: Der selbstständig Arbeitende und die Hausfrau empfinden die Produktivitätssteigerung als eine echte Entlastung; nur die Produktivitätssteigerung der abhängigen Erwerbsarbeit, die nicht durch eine Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums aufgefangen wird, wird als eine Plage empfunden, denn sie erhöht die Arbeitslosigkeit. Nun ist der bisher praktizierte Ausweg aus der Arbeitslosigkeit, nämlich ein fortgesetztes Wirtschaftswachstum, wegen der Grenzen des Ressourcenverbrauchs und der drohenden Umweltzerstörung nicht gangbar. So bleibt also nur eine Politik radikaler Arbeitszeitverkürzung, die weder bei der 35-Stunden-Woche noch bei der 24-Stunden-Woche Halt macht. Denn zur Deckung des gesamten Bedarfs an produzierten Konsumgütern dürfte in absehbarer Zeit ein Tag in der Woche mehr als ausreichen.¹¹⁴

(3) P. von Nell-Breuning hat die traditionelle Wachstumspolitik zur Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit äußerst kritisch beurteilt. Die unter anderem technisch bedingte Produktivitätsschere zwingt zu einer radikalen Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, weil und insofern es nicht sinnvoll sei, jedes Mehr an Produktivität in ein Mehr an Produktion — eventuell zur erwerbsmäßigen Gestaltung der Freizeit — umzusetzen. Viel wichtiger wäre es, die Erwerbstätigkeit, die der Beschaffung und Erhaltung der lebensnotwendigen Güter und Leistungen dient, auf Dauer als Nebenbeschäftigung anzusehen und den Sinn des Lebens in jenen Tätigkeiten zu suchen, die der menschlichen Kommunikation, der Partnerschaft, der Erziehung und musischen

Entfaltung, den gesellschaftlichen Beziehungen und der politischen Gestaltung gewidmet sind.¹¹⁵ Die von P. von Nell-Breuning ins Auge gefaßte Arbeitszeitverkürzung ist zweifellos an eine entsprechend radikale Neuverteilung der Arbeit zwischen Männern und Frauen im erwerbswirtschaftlichen und eigenwirtschaftlichen Sektor sowie an die Auflösung traditioneller geschlechtsbezogener Rollenmuster gebunden — ein fundamentaler Umbau der Industriegesellschaft.

Klimaverbesserung zwischen Kirche und Gewerkschaften

Ein letzter motorischer Einfluß P. von Nell-Breunings ist aus dem Beschluß der Würzburger Synode „Kirche und Arbeiterschaft“ herausgewachsen. Er hat das von Haus aus spröde Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Gewerkschaften merklich entspannt. Lange Zeit standen sich Kirchen, die zu den beharrenden Kräften zählten, und Gewerkschaften, die sich als Avantgarde der Moderne begriffen, mißtrauisch gegenüber; auch nach dem Zweiten Weltkrieg schlossen sich das kulturelle Milieu, das Gesellschaftsmodell und die Parteibindung gegenseitig aus, während der Streit um das Familien- und Frauenbild, um die Reform des § 218 StGB und das kirchliche Sonderarbeitsrecht weiter schwelte. Inzwischen jedoch haben sich Bündnisfelder zwischen katholischer Kirche und Gewerkschaften aufgetan.

(1) Katholische Jugendverbände bzw. kirchliche Arbeitsstellen der Jugendpastoral und gewerkschaftliche Einrichtungen arbeiten auf lokaler und regionaler Ebene bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, bei der Qualifizierung insbesondere schwer vermittelbarer Jugendlicher zusammen. Außerdem veranstalten Betriebsseelsorger und/oder kirchliche Sozialverbände in regelmäßigen Abständen Betriebsrätetreffen, an denen auch Bischöfe teilnehmen. Oder Ortsbischöfe laden Vertreter der Gewerkschaften zu einem Meinungsaustausch ein,¹¹⁶ während sie sich umgekehrt in der DGB-Zentrale informieren. Solidaritätsaktionen von Ortsgemeinden mit Belegschaften und Betriebsräten, die von Stilllegung und Massenentlassung bedroht waren, sind aus Speyer, Ulm, Frankfurt und Rheinhausen bekannt geworden. Die Sympathieerweise von Arbeiterpfarreien mitten im Arbeitskampf der Metall- und Druckindustrie 1984 haben bei den Gewerkschaften ein anerkennendes Echo gefunden und sogar Überraschung ausgelöst.

(2) Neben solchen arbeitspolitischen Offensiven, bei denen Kirche und Gewerkschaften zusammenwirken, hat sich zwischen Caritas und Gewerkschaften ein weitgehender Konsens in der Beschreibung dessen, was man „Neue Armut“ nennt, ergeben, nämlich den gleitenden finanziellen Abstieg von Dauerarbeitslosen über Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, sowie die Spaltung der Gesellschaft in einen Kern fachlich qualifizierter Vollzeitarbeitskräfte und Randgruppen mit geringfügigen und ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen.¹¹⁷

Gewerkschaften und kirchliche Sozialverbände stehen auch mit einiger Skepsis dem Projekt des europäischen Binnenmarktes gegenüber, weil sie fürchten, daß die ökonomischen Ziele ohne entsprechende sozialpolitische Absicherung verfolgt und die abhängig Beschäftigten zum Spielball eines Verdrängungswettbewerbs gemacht werden. Gewerkschaften und Kirchen sehen sich darüberhinaus in einer gemeinsamen Frontlinie, wenn sie Ausländer und Asylbewerber gegen neokonservative, deutschtümelnde Parolen verteidigen und eine ausländerfreundliche Kommunalpolitik, einen großzügigen Familiennachzug und eine menschengerechte Behandlung der Asylbewerber einfordern. Und schließlich hat sich eine Koalition von Kirchen und Gewerkschaften bei der Verteidigung des erwerbsarbeitsfreien Sonntags, teilweise auch des freien Wochenendes ergeben, weil sich beide aus unterschiedlichen Motiven dagegen wehren, daß die gesellschaftliche Zeitkultur durch wirtschaftliche Interessen zerstört wird, und weil sie zunehmend den Samstag und Sonntag als eine funktionale Einheit entdeckt haben.

Lassen sich die motorischen Leistungen des „kirchlichen Intellektuellen“ P. von Nell-Breuning, der wissenschaftlich und publizistisch auf die Gesellschaft der Bundesrepublik eingewirkt hat, zu einer eindrucksvollen Erfolgsbilanz aufsummieren?

Das Resultat seiner Anstrengungen mag relativ und zwiespältig erscheinen. Denn für das Projekt des europäischen Binnenmarktes und für die Wirtschafts- und Währungsunion zwischen den zwei deutschen Staaten steht eher eine kapitalistische als eine soziale Marktwirtschaft Modell. Die gezähmten Gewerkschaften sind zu verkrusteten Systemagenten geworden; ihnen wird von der jüngeren Generation ebensowenig Vertrauen entgegengebracht wie den etablierten Parteien und Kirchen. Die wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer im Unternehmen ist auf nationaler und auf

europäischer mehr gefährdet denn je. Der beispiellose siebenjährige Wirtschaftsaufschwung hat kaum mehr Solidarität geweckt, sondern die Polarisierung der Gesellschaft eher verschärft. Und ob die Sympathie zwischen kirchlichen Gruppen und Gewerkschaften die Einstellung des Arbeitgebers Kirche zu den Gewerkschaften verändert, steht noch dahin.

Deshalb halte ich es für plausibel, die Resonanz, die P. von Nell-Breuning zweifellos gefunden hat, über seine obengenannten motorischen Leistungen hinaus in einem politischen Symbolwert begründet zu sehen.

4. Das Symbol

Die motorischen Leistungen P. von Nell-Breunings haben eine Resonanz ausgelöst, die auf den Leistungsträger zurückwirkt, ihn politisch funktionalisiert und zum politischen Symbol stilisiert. Wem gehört der hundertjährige P. von Nell-Breuning? Wer kann ihn für sich beanspruchen? Die katholische Kirche, die Gewerkschaften, die SPD, die bürgerliche Presse?

Keinem zugehörig

(1) P. von Nell-Breuning versteht sich ungebrochen als Jesuit, als Priester der katholischen Kirche. Aber damit gehört er ihr nicht; er ist vielmehr eine Art kirchlicher Dissident.

Denn seitdem die katholische Kirche unter dem Druck der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes 1972 sich entschloß, eine Mitarbeitervertretung einzurichten und damit rechtswirksame Schritte zur Kodifizierung eines eigenständigen Arbeitsrechts unternahm, gehörte er zu den schärfsten Gegnern eines solchen Sonderweges. In mehr als zehn Beiträgen hat er den kirchlichen Arbeitgeber davor gewarnt, dem vorrangigen Interesse der meisten im kirchlichen Dienst beschäftigten Arbeitnehmer, nämlich durch eine persönlich befriedigende Tätigkeit ihren Lebensunterhalt zu sichern, von außen bzw. von oben herab eine religiöse Dimension überzustülpen, die durch die Realität nicht gedeckt ist. Außerdem meinte er, daß die Absicht der Bischöfe, in der sogenannten Dienstgemeinschaft die gegenläufigen

Interessen des Arbeitgebers und Arbeitnehmers versöhnen zu können, ein unverantwortliches Wunschdenken bleibe. Er fand es darüberhinaus widersprüchlich, daß der kirchliche Arbeitgeber zwar die Normen des individuellen Arbeitsrechts, wie sie in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst — beispielsweise Arbeitszeitordnung, Lohn- und Gehaltstabellen, Kündigungsschutz — in Kraft sind, weitgehend einhalte, aber den dort geltenden Schutz des kollektiven Arbeitsrechts — beispielsweise Betriebsrat/Personalrat und Tarifautonomie — seinen Mitarbeitern in der Dienstgemeinschaft verweigere. Schließlich fand er es für die Glaubwürdigkeit der Kirche verheerend, wenn die besondere Eigenart des kirchlichen Dienstes bloß darin bestehe, den Mitarbeitern weniger Mitwirkungsrechte einzuräumen, als die Arbeitnehmer in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst bereits haben.¹¹⁸

Ein weiterer Dissensgegenstand wurde in der sogenannten Grundwertedebatte während der siebziger Jahre offenbar. Zunächst widersprach P. von Nell-Breuning der kirchlichen Mehrheitsmeinung, indem er die geltenden Kirchnaustretsgesetze als monströses Relikt aus der Epoche der Staatskirchenhoheit kennzeichnete, insofern der Staat sich für berufen hielt, das freiheitliche (positiv wie negativ ausgeübte) Recht der Vereinigungsfreiheit gegen die vermeintliche Unaufhebbarkeit der Kirchnzugehörigkeit schützen zu müssen; die in der Bundesrepublik bestehende Kirchensteuer zähle zweifellos zu den Privilegien, die unter bestimmten Verhältnissen die Glaubwürdigkeit der Kirche schwer beeinträchtigen können, und die sich auf Dauer, wenn bloß noch eine Bevölkerungsminderheit innerlich überzeugt den Kirchen angehört, nicht aufrecht erhalten lassen.¹¹⁹

Sodann hat P. von Nell-Breuning in einigen Beiträgen die Stellung der Kirche in einer weltanschaulich pluralen, aber durchaus wertgebundenen Gesellschaft reflektiert, nachdem der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt auf einer Tagung der Katholischen Akademie in Hamburg den Eindruck erweckt hatte, als könnten sich Vertreter des Staates aus der Grundwertedebatte heraushalten, insofern den Kirchen die Verantwortung für die Grundwerte, dem Staat dagegen die Verantwortung für die Grundrechte zuzuweisen sei. Die Auffassung P. von Nell-Breunings läßt sich so wiedergeben, daß die Kirche dem demokratischen Staat nicht wie eine quasi-unabhängige Körperschaft gegenüberreten könne, daß sie in der pluralen Gesellschaft und im demokratischen Staat kein Monopol der Werte- und Sinn-

stiftung innehave, daß der demokratische Staat sein Wertgerüst eigenständig aus der Gesellschaft beziehe, und daß die Kirche aus der Sicht des weltanschaulich pluralen, wertgebundenen Staates eine unter mehreren Gesinnungsgemeinschaften ist, deren Wertgerüst ihn nicht ausschließlich bindet.¹²⁰

(2) Die Gewerkschaften haben P. von Nell-Breuning als ihren Freund bezeichnet, der sie kritisch und sympathisch begleite. Aber gehört er ihnen damit schon? Die notorisch freundschaftliche Beziehung hat sich im Jahr 1984 auf der Höhe der Tarifauseinandersetzung merklich abgekühlt, als P. von Nell-Breuning die knallharte Forderung der Metallarbeiter nach der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich als einen Hohn kennzeichnete, als ausgesprochenen Klassenkampf von oben, der Arbeitsplatzbesitzer gegen die vom Arbeitsplatzbesitz entblößten Nur-Arbeitslosen.¹²¹ Die Gewerkschafter fühlten sich brüskiert; Hatte der Freund übersehen, daß die Reallöhne in fünf hintereinander folgenden Jahren nicht mehr gewachsen, in einem Jahr sogar gesunken waren? Daß die Lohnquote kontinuierlich zurückging, während die Gewinnquote stieg? Daß die jährliche Produktivitätssteigerung einen Finanzierungsspielraum eröffnet hatte, der eine Arbeitszeitverkürzung und eine Lohnerhöhung zuließ? Daß die Formel vom Lohnausgleich bloß meinte, die Arbeiter sollten nach der Arbeitszeitverkürzung nicht weniger Geld in der Tasche haben als vorher? Daß ein realer Lohnverzicht den unteren Einkommensgruppen nicht zumutbar war? Vermutlich hat P. von Nell-Breuning nur vier Jahre früher jenen Vorschlag in die öffentliche Debatte eingebracht, mit dem Oskar Lafontaine später die Gewerkschaften aufbrachte, als er diese aufforderte, in einem tarifpolitischen Reizklima, da an eine Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der unselbständig Beschäftigten eh nicht zu denken sei, einen Akt der Solidarität mit den Arbeitslosen innerhalb der Klasse der abhängigen Arbeitnehmer zu üben und — allerdings in der enttäuschbaren Hoffnung, daß dem ersten Schritt der Gewerkschaften ein zweiter Schritt der Unternehmer folgen werde — eine Vorleistung an Lohnverzicht zu erbringen, die den Unternehmern das Kostenargument der Arbeitszeitverkürzung aus der Hand schlägt und ihnen die weitere Verantwortung für den Abbau der Arbeitslosigkeit zuweist.

(3) Der SPD hat P. von Nell-Breuning bescheinigt, daß sie sich im Godesberger Grundsatzprogramm verjüngt und viel alten Plunder über Bord geworfen habe, und daß sie im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik

den Forderungen der katholischen Soziallehre überaus nahegekommen sei,¹²² ja daß sich im gesellschaftspolitischen Teil des Godesberger Programms nicht mehr und nicht weniger als ein kurzgefaßtes Repetitorium der katholischen Soziallehre finde.¹²³ Die voneinander unabhängige Entwicklung der SPD und des DGB hatte er 1961 in Bern ironisch kontrastiert, indem er sie daran festmachte, daß die SPD offenbar immer vernünftiger werde, die DGB-Gewerkschaften dagegen immer unvernünftiger würden.¹²⁴ Aber trotz des Einflusses, den P. von Nell-Breuning auf die parteipolitische Programmatik ausgeübt hat, gehört er nicht der SPD.

(4) Die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) hat ihn „ihren Professor“ genannt. Zweifellos arbeitete P. von Nell-Breuning seit 1924 mit dem westdeutschen Verband der KAB zusammen und hatte in Berlin mit den führenden Männern des Volksvereins und der KAB, insbesondere mit Bernhard Letterhaus intensive Kontakte. Der Bundesverband der KAB gab 1975 die „Texte zur Katholischen Soziallehre“ mit einer Einführung P. von Nell-Breunings heraus, die in zehn Jahren sechs Auflagen erreichten. Die westdeutsche KAB präsentierte 1984 einen von P. von Nell-Breuning inspirierten Diskussionsbeitrag zur Verwirklichung einer Unternehmensverfassung.

Aber er gehört damit nicht der KAB. Denn einmal blieb die KAB der dreißiger Jahre hinter der Gesellschaftsanalyse von „Quadragesimo Anno“ zurück, insofern sie die kapitalistische Klassengesellschaft weiterhin in den Kategorien der Ständegesellschaft zu begreifen und die Arbeiterschaft als untersten, vierten Stand einer solchen Gesellschaftspyramide zu verorten suchte.¹²⁵ Zum ändern dauerte es mehr als 15 Jahre, bis die KAB mit ihrem Mitbestimmungsmodell ziemlich unverbindlich auf jene Unternehmensverfassung eingeschwenkt ist, die P. von Nell-Breuning zusammen mit einigen Professoren bereits 1968 vorgelegt hatte.¹²⁶ Und schließlich hat sich der Bundesverband der KAB nie in dem Ausmaß mit den DGB-Gewerkschaften solidarisiert, wie das für P. von Nell-Breuning ziemlich selbstverständlich gewesen ist.

(5) Ein wenig paradox mag es ausschauen, daß genau in der Zeit, da sich die Beziehung P. von Nell-Breunings zu den Gewerkschaften trübte, die gutbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung ihn entdeckt hat. Mit 16jähriger Verspätung druckte sie einen gewerkschaftskritischen Beitrag aus dem Jahr 1962 ab; 1980 folgte eine ganzseitige Würdigung des 90jährigen,

1984 ein Porträt, das sich auf einen Videofilm bezog, der von der F.A.Z. vertrieben wurde. Zum 99. Geburtstag nahm sich seiner das F.A.Z.-Magazin mit ausführlichem Text und nicht gerade geschmackvollen Fotos an. Und zum Beginn seines 100. Lebensjahrs erschien ein Sammelbändchen mit Erinnerungen, Anekdoten und Texten.¹²⁷

Vielen zugänglich

P. von Nell-Breuning hat sich als spröde, ja sperrig gegen alle erwiesen, die ihn als zu sich gehörig betrachten, die ihn vereinnahmen, instrumentalisieren und funktionalisieren wollen; er ist ein Querdenker mit abweichender Meinung geblieben, eine Art Dissident. Aber warum haben trotzdem so viele gesellschaftliche Gruppen über parteipolitische und tarifpartnerschaftliche Grenzen hinweg einen Zugang zu ihm gefunden und ihn in Anspruch genommen? Ich habe vier Vermutungen.

(1) P. von Nell-Breunings Leben und Werk spiegelt die deutsche, erst recht die bundesrepublikanische Wirtschafts- und Sozialgeschichte, nämlich die Suche nach einer umfassenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in einer zweimaligen Nachkriegszeit, den Wiederaufbau und das Sicheinrichten in einem jeweils radikal veränderten Haus, das soziale Gespür in einer dynamisch vorandrängenden Wirtschaft, die Ratlosigkeit im Umgang mit den Dauerarbeitslosen, die Sorge um die Bewahrung der Umwelt, der Stolz über den anhaltenden Wirtschaftsaufschwung und das gleichzeitige Unbehagen über die wachsende gesellschaftliche Spaltung. Diejenigen, die diese Geschichte erlebt und gestaltet haben, die von ihr betroffen worden sind, finden sich im Leben und Werk P. von Nell-Breunings wieder.

(2) P. von Nell-Breuning ist ein Grenzgänger. Seine Leidenschaft des Definierens, nämlich Grenzen zu ziehen, ist mit der Neugierde, diese Grenzen zu überschreiten und das Gebiet jenseits der Grenzen zu erkunden, gekoppelt. Er kann festgezogene Ansichten aufgeben und neuen, noch nicht gefestigten Meinungen beitreten. Er kann in jeder Behauptung eines Dialogpartners oder Gegners einen Wahrheitskern entdecken, dem zuzustimmen ist — gemäß dem Rat des Ignatius von Loyola, daß jeder gute Christ eher bereit sein soll, die Aussage eines Mitmenschen zu retten, als sie zu verurteilen.

So wurde jeweils eine breite Basis der Verständigung erreicht.

(3) P. von Nell-Breuning wirkt als Magnet auf Minderheiten in verschiedenen gesellschaftlichen Milieus. Politisch links einzuordnende Katholiken berufen sich auf ihn im Streit mit konservativen Pfarrern, katholische Mitglieder der SPD zitieren ihn in der Auseinandersetzung mit marxistischen Genossen, Postgewerkschafter, die der CDU nahestehen, verteidigen sich gegen Wirtschaftsliberale mit seiner Kritik der Marktwirtschaft, katholische Unternehmer argumentieren mit seiner Börsenmoral gegen „rote“ Pastoralreferenten, Pfarrgemeinderäte beschwören seine Sachkompetenz angesichts von Mahnwachen und Menschenketten junger Katholiken, katholische Krankenschwestern finden sich in seinem Urteil über den kirchlichen Arbeitgeber bestätigt. Um P. von Nell-Breuning sammelt sich eine Menge ganz abweichender Dissidenten.

(4) P. von Nell-Breuning ist ein Konsensträger. Obwohl er keine gesellschaftliche Vision hat, und obwohl er nicht in der Lage sein dürfte, ein faszinierendes Gesellschaftsmodell zu entwerfen und um eine zündende Idee Gefolgschaft zu scharen, ist er doch für viele zum Träger einer konkreten Utopie geworden, nämlich einer Marktwirtschaft mit sozial befriedigenden Ergebnissen, einer Demokratie mit wechselnden Herrschaftsträgern und einer interessenpluralen Gesellschaft mit ethisch-religiöser Bindung.

* Dieser Aufsatz basiert auf einem Vortrag während der Thomas-Akademie der Phil.-Theol. Hochschule St. Georgen am 28.2.1990.

¹ vgl. Klein, H. (1989); Hengsbach, F. (1984)

² vgl. Nell-Breuning, O. v. (1960) 344

³ ebd. 275

⁴ vgl. ebd. 18; ders. (1970a) 158

⁵ vgl. ebd. 405

⁶ vgl. ebd. 403

⁷ vgl. ders. (1960) 256-274; ders. (1956) 308-313; ders. (1970a) 304-307

⁸ vgl. ders. (1972a) 144

⁹ vgl. ders. (1957) 406-429; ders. (1970a) 439-452; ders. (1979a) 283-285; ders. (1987) 133-144

¹⁰ vgl. ders. (⁵ 1926) 953, 961, 971, 1702

- 11 vgl. ders. (1932)
 12 vgl. Klein, H. (1989) 25
 13 vgl. ders. (1960) 253-261
 14 vgl. ders. (1970a) 208; ders. (1973) 189; (1990) 271
 15 vgl. ders. (1970a) 107
 16 vgl. ders. (1979a) 110
 17 vgl. ders. (1990) 377
 18 vgl. ders. (1990) 223, 236
 19 vgl. ders. (1990) 377
 20 vgl. ders. (1960) 170
 21 vgl. ders. (1979) 213
 22 vgl. ebd. 120-122
 23 vgl. ders. (1926) 56
 24 vgl. ders. (1932) 122-141
 25 vgl. ders. (1928) 30
 26 vgl. ders. (1970a) 118-132
 27 vgl. ders. (1980a) 122; ders. (1928) 18
 28 vgl. ders. (1932) 59-66; ders. (1979a) 171-175; ders. (1956) 196-207
 29 vgl. ders. (1990) 220
 30 vgl. ders. (1928) 74-77
 31 vgl. ders. (1960) 344
 32 vgl. ders. (1979a) 80-85
 33 vgl. ders. (1979a) 47 f.; ders. (1957) 217-222
 34 vgl. ders. (1971) 23
 35 vgl. ders. (1970) 255-271, 272-283; ders. (1971) 11-27
 36 vgl. ders. (1956) 354
 37 vgl. ders. (1979a) 12 f.
 38 vgl. ders. (1970a) 61-132; ders. (1979a) 89-134; (1990) 265-302
 39 vgl. ders. (1983b) 93
 40 vgl. ders. (1990) 406-408; 427-430
 41 vgl. ders. (1979a) 119; ders. (1983b) 94
 42 vgl. ders. (1979a) 33 f.
 43 vgl. ders. (1956) 309
 44 vgl. ders. (1926) 46
 45 vgl. ders. (1990) 236 f.

- 46 vgl. ders. (1972a) 19 f.
 47 vgl. ebd. 35, 60, 78
 48 vgl. ebd. 115
 49 vgl. ebd. 99-115
 50 vgl. Oswald von Nell-Breuning im Gespräch mit Helmut Hammerschmidt (1981) 123 f.
 51 vgl. Nell-Breuning, O.v. (1932) ders. (1967b); ders. (1990) 11-28; 29-48
 52 vgl. ders. (1972a) 147
 53 vgl. ders. (1932) 204-212; ders. (1969a) 71f, 80f
 54 vgl. ders. (1985b) 87-91
 55 vgl. ders. (1969a) 87
 56 vgl. ders. (1990) 188-196
 57 vgl. ders. (1957) 30-32
 58 vgl. ders. (1957) 34-46
 59 vgl. ders. (1960) 144
 60 vgl. ders. (1990) 49-65
 61 vgl. ders. (1972a) 57 f.
 62 vgl. ebd. 117 f.
 63 vgl. ebd. 123; ders. (1970a) 251; ders. (1983a) 41; ders. (1983b) 95
 64 vgl. ders. (1972a) 161
 65 vgl. ders. (1956) 31-40, 235; ders. (1972a) 120-122; 133-136
 66 vgl. ebd. 24
 67 vgl. ebd. 61-64
 68 vgl. ders. (1960) 12, 181. Die Kritik an diesem philosophischen und theologischen Konzept wurde ausführlich artikuliert in: Kroh, W. (1982); als Erwiderung: Nell-Breuning, O.v. (1983d).
 69 vgl. ders. (1972a) 86
 70 vgl. ders. (1968a)
 71 vgl. ders. (1932) 153-172; ders. (1956) 219-305; ders. (1970a) 208 f.; ders. (1979a) 244
 72 vgl. ders. (1972a) 120-122; 133-136; ders. (1956) 31-40, 235
 73 vgl. ders. (1972a) 28
 74 vgl. ebd. 118, 144; ders. (1970a) 306
 75 vgl. ders. (1979a) 171
 76 vgl. ders. (1932) 173
 77 vgl. ders. (1956) 104-111

- 78 vgl. ders. (1969a) 64
79 vgl. ders. (1956) 183
80 vgl. ders. (1960) 81-98; 99-102; ders. (1990) 222-238
81 vgl. ders. (1956) 403 f
82 vgl. ebd. (1956) 403-410; 410-422; 422-431
83 vgl. ders. (1979a) 9-87; ders. (1990) 380-390, 391-400
84 vgl. ders. (1956) 311
85 vgl. ebd. 318 f
86 vgl. ders. (1970a) 304
87 vgl. ebd. 309-324
88 vgl. ebd. 289
89 vgl. ders. (1990) 252
90 vgl. ebd. 240-246; ders. (1970a) 325-337
91 vgl. ebd. 341-360
92 vgl. ders. (1987) 94; ders. (1960) 179; ders. (1970) 184-186
93 vgl. ders. (1987) 102 f
94 vgl. ders. (1990) 125-136
95 vgl. ders. (1970a) 135-202, besonders 135-146; ders. (1957) 18-30; ders. (1960) 150-168; ders. (1962/63) 6 f
96 vgl. ders. (1970a) 186-202
97 vgl. ders. (1960) 186-199; ders. (1970a) 161
98 vgl. ders. (1970a) 193
99 vgl. ders. (1960) 178
100 vgl. ders. (1957) 46, 62
101 vgl. ebd. 62-85, 83
102 vgl. ders. (1960) 178
103 vgl. ders. (1926) 59
104 vgl. ders. (1957) 91-161; ders. (1970a) 205-252; ders. (1979a) 89-134; ders. (1968b); ders. (1969b); ders. (³ 1969); ders. (1975d)
105 vgl. ders. (1957) 112
106 ders. (1957) 129
107 vgl. ders. (1975c)
108 vgl. ders. (1970a) 205-233; ders. (1979a) 91-106; 106-121
109 vgl. ders. (1983b) 64 f
110 vgl. ders. (1970a) 210; ders. (1983b) 63-73

- 111 vgl. Arendt, H. (1969) 11
112 vgl. Nell-Breuning, O.v. (1969a) 71 f
113 vgl. ders. (1985a) 11-36
114 vgl. ebd. 42-67; 95-101, 98
115 vgl. ebd. 98
116 vgl. Katholisches Büro Niedersachsen/Referat Kirche und Gesellschaft Diözese Hildesheim (1988)
117 vgl. Balsen, Werner/Nakielski, Hans/Rössel, Karl/Winkel, Rolf (³1985); Caritasverband für die Diözese Münster (1987); Paritätischer Wohlfahrtsverband (1989) 269-348
118 vgl. Nell-Breuning, O.v. (1979c) 1-8; ders. (1990) 97-105
119 vgl. ders. (1990) 440-463
120 vgl. ders. (1957) 272-278; 309-324; ders. (1979a) 137-162; ders. (1990) 405-420
121 vgl. ders. (1985a) 73 f
122 vgl. ders. (1970a) 184
123 vgl. ders. (1972a) 95; Oswald von Nell-Breuning im Gespräch mit Helmut Hammerschmidt (1981) 131
124 vgl. ders. (1970a) 185
125 vgl. ders. (1977b) 744-750
126 vgl. Boettcher, E./Hax, K./Kunze, O./Nell-Breuning, O.v./Ortlieb, H.D./Prel-ler, L. (1968)
127 Klein, H. (1989)

Wolfgang Schroeder

Vermittler zwischen Einheitsgewerkschaft und Katholizismus

Das gewerkschaftspolitische Engagement von Oswald von Nell-Breuning SJ*

Der Jesuitenpater Oswald von Nell-Breuning war Zeit seines aktiven Wirkens in Kirche und Politik ein streitbarer, auf politische Wirksamkeit bedachter, kirchlicher Intellektueller. Seine Positionen als Gesellschaftslehrer, Sozial- und Wirtschaftsexperte waren früher häufig umstritten, vor allem innerhalb des Katholizismus. Heute beziehen sich fast alle gesellschaftlichen Kräfte in irgendeiner Weise positiv auf sein Werk. Wie läßt sich diese späte Ehrung erklären?

Im folgenden sei versucht, Ziele und Resonanz Nell-Breunings in einem exemplarischen Konfliktfeld zu verdeutlichen: am Beispiel der innerkatholischen Gewerkschaftsdebatte der 50er Jahre. Dieses Feld bietet sich zunächst ob des besonderen Interesses an, mit dem Nell-Breuning die Entwicklung des Deutschen Gewerkschaftsbundes nach 1945 verfolgte. Hinzu kommt, daß er eigentlich erst durch die Gewerkschaftspolitik einer größeren Öffentlichkeit bekannt wurde. Das entscheidende Ereignis, mit dem sein Bekanntheitsgrad als politisch intervenierender kirchlicher Intellektueller sprunghaft anstieg, ist auf das entschiedene Vorgehen gegen den sozialistischen Gewerkschaftspolitiker Viktor Agartz (1954/55) zurückzuführen.

Nell-Breuning kam erst relativ spät mit gewerkschaftspolitischen Fragen in Berührung. In seiner ersten Veröffentlichung zur Gewerkschaftsproblematik 1948 — eine dreiteilige Aufsatzreihe in der „Orientierung“ — führte er die Entstehung der Einheitsgewerkschaft alleine auf das Diktat der Besatzungsmächte zurück. Diese Einschätzung revidierte er in den fünfziger Jahren, als er durch engere Kontakte mit den ehemaligen christlichen Gewerkschaftern, über die Vorgeschichte ein tieferes Bild gewann. Nell-Breuning bemühte sich mit steigender Intensität seit Ende der vierziger Jahre um eine Vermittlung

zwischen der normativen Ebene der katholischen Soziallehre und der Politik der Einheitsgewerkschaft. Mit diesem Ziel betätigte er sich in der gewerkschaftlichen und innerkirchlichen Schulungsarbeit, schrieb Aufsätze, unterstützte die katholischen Einheitsgewerkschafter und führte Gespräche mit den DGB-Führungen um Hans Böckler, Christian Fette, Walter Freitag und Willi Richter.

Die 1945 erfolgte Gründung der Einheitsgewerkschaft wurde von Teilen der Kirche und des Katholizismus mit viel Skepsis betrachtet. Versuche an die Christliche Gewerkschaftstradition der Weimarer Republik anzuknüpfen, bestimmten in den 50er Jahren den innerkatholischen Streit um den richtigen Weg in der Gewerkschaftspolitik. Die innerkatholische Gewerkschaftsdiskussion war eingebunden in eine starke Polarisierung zwischen SPD und CDU, eine zunehmende Enttäuschung des Katholizismus über die Entwicklung der CDU, bei gleichzeitiger Unterstützung für diese Partei. Hinzu kam, daß die Mitglieder des DGB mehrheitlich sozialdemokratisch orientiert waren und neben der personellen Überschneidung eine größere programmatische Nähe zwischen SPD und DGB als zwischen CDU und DGB bestand. Mit der Gründung der Christlichen Gewerkschaft im Jahre 1955 erreichte der innerkatholische Gewerkschaftsstreit seinen negativen Höhepunkt.

1. Gewerkschaftstheorie

Sein Anliegen war es, in der Gewerkschaft für Toleranz gegenüber den katholischen Anliegen zu werben, und im Katholizismus die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Arbeit für eine gerechtere gesellschaftliche Ordnung zu vermitteln. Dies kam in den 50er Jahren einem Balanceakt gleich. Häufig standen die Mehrheit der Bischöfe, ganze Verbandsführungen, wichtige Personen in der Gesellschaft Jesu und ein Großteil der katholischen Presse seinen Bemühungen skeptisch bis ablehnend gegenüber.

Die Diskussion über Gefahren und Chancen der Einheitsgewerkschaft im Katholizismus wurde bestimmt durch eine negative Beschreibung ihrer ökonomischen, politischen und ideologischen Auswirkungen. Dabei standen zwei Probleme im Vordergrund: Erstens die Eigenständigkeit des Katholizis-

mus und zweitens das Problem der Einordnung der Gewerkschaften in die vorgegebene ökonomische und politische Ordnung (Ordnungsfaktor). Viele DGB-Gegner im Katholizismus glaubten beide Ziele durch eine Christliche Richtungsgewerkschaft eher erreichen zu können.

Im Hinblick auf die kirchlichen Interessen vertrat Nell-Breuning die Position, daß die aktive Mitarbeit der KatholikInnen der wichtigste Garant dafür sei, daß der DGB nicht gegen die normativen Prämissen der katholischen Gesellschaftslehre verstoße. Die katholischen Arbeitervereine waren für ihn der Ort, wo die weltanschaulichen Voraussetzungen erarbeitet werden, auf deren Grundlage die katholischen ArbeiterInnen im DGB wirken.

Im Hinblick auf die ordnungspolitische Einordnung der Gewerkschaften war Nell-Breuning im Gegensatz zu seinen entschiedensten katholischen Gegenspielern, wie Goetz Briefs, Gustav Gundlach und Johannes Even, optimistisch. Zudem entschärfte er diese gegen die Gewerkschaften gerichtete Diskussion, indem er sie auf die grundsätzliche Frage, nach der Integration gesellschaftlicher Kräftegruppen in die vorgegebene Ordnung zurückführte: Wir müssen „versuchen den derzeitigen unorganischen Pluralismus organisierter Interessentenhäufen (Gewerkschaften, Mittelstandsblock, Heimatvertriebene) zu überführen in einen organischen Pluralismus, sprich Berufsständische Ordnung. Solange diese Aufgabe nicht angepackt wird, kommen wir aus der latenten Verfassungskrise nicht heraus und sind Gebilde wie Gewerkschaften, Mittelstandsblock usw. durch ihr bloßes Dasein staatsbedrohend, d.h. diesen Staat mit dieser formaldemokratischen Verfassung sprengend“.

Gesetzgeberische Maßnahmen gegen die Gewerkschaften lehnte er ab. Stattdessen vertrat er die Auffassung, daß sich Umfang und Zielrichtung der gewerkschaftlichen Aufgaben aus der Geschichte der Gewerkschaften, ihrer Satzung, bei Anerkennung des Sittengesetzes und des Gemeinwohles ergeben müßten. Dies alles bedürfe jedoch der demokratischen Legitimation durch die Mitgliedschaft, könne also nicht von außen durch Gesetz oder andere nichtgewerkschaftliche Einflüsse und Gruppen entschieden werden.

Die Einheitsgewerkschaft ist für Nell-Breuning nicht primär ein Zusammenschluß von Mitgliedern unterschiedlicher Parteien, sondern vor allem ein Bund von Anhängern unterschiedlicher Weltanschauungen. In diesem Zusammenschluß sah er einerseits eine zentrale Voraussetzung für eine ge-

rechte gesellschaftliche Ordnung. Andererseits sah er darin einen Garanten für ein nichtintegralistisches Verhalten der katholischen Arbeiter. Denn die Zusammenarbeit von katholischen, evangelischen und sozialdemokratischen Arbeitern könne nur funktionieren, wenn sie auf einer gemeinsamen Verständigungsbasis aufbaue. Deshalb sprach er auch von „sachliche(r) Zusammenarbeit bei Verschiedenheit des weltanschaulichen Ausgangspunktes“. Aus der Verschiedenheit der Herkunft und der vorhandenen Gemeinsamkeiten leitete er für die Zusammenarbeit folgende These ab: „Je schmaler die gemeinsame weltanschauliche Basis (je kleiner die Zahl der übereinstimmend anerkannten Werte), umso enger muß der Wirkungskreis gezogen werden“.

2. Stellung im kirchlichen und gewerkschaftlichen Konfliktfeld

Die „Zähmung der Gewerkschaften“ und die Akzeptanz des DGB im Katholizismus waren die beiden wichtigsten Ziele, die Nell-Breuning im Hinblick auf die Einheitsgewerkschaft verfolgte. Von folgenden Schritten erwartete er einen Beitrag für diese Ziele: 1. durch eine aktive und engagierte Mitarbeit von KatholikInnen auf der Basis einer Doppelorganisation (Mitglied des Arbeitervereins und des DGB). 2. Durch eine diskursive Verständigung und Konfliktlösung (Gespräche) sowie 3. durch machtpolitische Einflußnahmen mit dem Ziel der Ausgrenzung sozialistischer Kräfte (Druck und Drohung mit einer Spaltung). Um etwas besser zu verstehen, welchen konkreten Probleme er bei seinem Gewerkschaftsengagement ausgesetzt war, wollen wir seine Stellung in Katholizismus und DGB anhand seines Verhältnisses zu den wichtigsten Gruppen, in diesem Kräftefeld analysieren.

Die katholische Arbeiterbewegung: Auf der anderen Seite der Barrikade

Die KAB ist einer der wichtigsten Akteure in der innerkatholischen Gewerkschaftsdebatte. Von ihr versprach er sich eine „Wirksamkeit ... in den gewerkschaftlichen und politischen Raum, jedoch ohne Anlehnung an eine politische Partei“. Nach einer anfänglich guten Zusammenarbeit, verschlech-

terte sich Nell-Breunings Beziehung zur KAB-Führung seit 1948 zusehends. Erste größere Belastungen im Verhältnis zur KAB traten deshalb auf, weil sich Nell-Breuning bei den Bischöfen für die Förderung von anderen Arbeiterorganisationen neben der KAB aussprach. Er tat dies z.B. durch ein Gutachten zur Verteidigung des Betriebsmännerwerks und durch ein Plädoyer für die CAJ. Der Verbandspräsident Hermann-Josef Schmitt monierte dies: „Meinen Mitarbeitern hier hat es Schmerz bereitet, dass Sie und einige Ihrer Mitbrüder aus dem Orden doch sehr stark der Männerarbeit das Wort reden und durch diese Unterstützung der Männerarbeit uns den Aufbau der katholischen Arbeiter-Vereine erschwerten. Sie werden sich kaum vorstellen können, was es bedeutet, wenn wir die Arbeitervereine betonten und uns entgegengehalten wurde; Prof. von Nell und diese und jene Herren der S.J. haben sich doch ganz der Männerarbeit verschrieben und wollen doch nur am Rande noch etwas von den katholischen Arbeitervereinen wissen“.

Obwohl der KAB-Verbandspräsident ihn immer wieder um politischen Rat fragte und er mit einer gewissen Regelmäßigkeit Aufsätze in der KAB Presse veröffentlichte, wurde er nicht als offizieller Berater der KAB hinzugezogen. Selbst als Redner oder Diskutant wurde er in den zwölf Jahren von 1948 bis 1960 lediglich dreimal zu KAB-Veranstaltungen eingeladen. Stattdessen bevorzugte die KAB, Nell-Breunings Ordensbruder und Kontrahenten, den päpstlichen Berater Gustav Gundlach. Gleichwohl gab es auch einige gemeinsame Anliegen zwischen Nell-Breuning und der KAB, wie z.B. das Engagement für eine Verteidigung der Mitbestimmungsforderung nach dem Bochumer Katholikentag oder die gemeinsame Sympathie für eine verstärkte Miteigentumspolitik. Aber auch in diesen Feldern wirkte man in den 50er Jahren nur selten direkt zusammen.

Ein Beispiel für die Anfechtungen, denen Nell-Breuning wegen seiner Gewerkschaftsposition in der KAB und in römischen Kreisen ausgesetzt war, geben jene Vorgänge im Frühjahr 1954, im Anschluß an einen Vortrag Nell-Breunings über die Aufgaben der Gewerkschaften. In diesem Referat negierte er die These, daß es vorgegebene Aufgaben und Ziele der Gewerkschaften gebe. Daraufhin erschien eine Meldung in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, in der behauptet wurde, daß seine Ausführungen „in römischen Kreisen nicht ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen worden“ seien. In der „Ketteler-Wacht“, dem Verbandsorgan der KAB, fand sich dieser Text einige Tage später fast wörtlich wieder. Beim Leser sollte mit dieser Meldung

der Eindruck erweckt werden, als sei Nell-Breunings Gewerkschaftsverständnis unvereinbar mit dem der römisch-katholischen Kirche.

Seine Enttäuschung über diesen Angriff artikulierte Nell-Breuning nicht öffentlich, sondern in einem Brief an den Verbandspräsidenten: „Daß die Ketteler-Wacht sich zu einem Angriff gegen mich hergeben würde, gehört zu den Dingen, mit denen ich am wenigsten gerechnet hätte; nun ist es in Nr.7, die das Datum des 1. April trägt, Tatsache geworden“. Nell-Breunings Recherchen ergaben, daß diese Meldung von Gustav Gundlach, dem päpstlichen Berater und Ordensbruder, in Umlauf gebracht wurde. Johannes Even, Schriftleiter der Ketteler-Wacht und Befürworter Christlicher Gewerkschaften, setzte diese Meldung dann im Kampf gegen Nell-Breuning ein. Für die KAB-Führung, die entschieden auf eine christliche Sondergründung hinarbeitete, war Nell-Breuning vielleicht der bedeutendste innerkirchliche Widersacher.

Während bspw. Briefs, Even und Gundlach auf eine politisch-weltanschauliche Polarisierung gegenüber der Sozialdemokratie setzten und mit Kritik an der herrschenden Politik der Adenauer-Regierung nur sehr sparsam umgingen, setzte Nell-Breuning auf eine gemeinsame Polarisierung von christlich-sozialen und reformerischen Sozialdemokraten gegenüber Kommunisten und entschiedenen Sozialisten.

Seine differenzierte und zuweilen auch sehr kritische Haltung den herrschenden ökonomischen Verhältnissen gegenüber machte ihn für die Gewerkschaftsmehrheit und die SPD zu einem wichtigen indirekten Bündnispartner. Gleichzeitig überforderte dies den mehrheitlich an der Adenauer-Erhard-Regierung orientierten Sozialkatholizismus. Ein Beispiel für diese These bietet der Bericht des KAB-Vorsitzenden aus Fulda, den dieser 1950 nach einem Vortrag Nell-Breunings schrieb: „Die Kritik von Prof. Dr. von Nell-Breuning war die weitaus schärfste Kritik, die ich bisher auf diesem Gebiet gehört habe und unsere Leute waren sprachlos darüber. (...) Du kannst Dir aber denken, wie die Feststellung des Professors wirkt, dass nach seiner Auffassung Dr. Erhard nur der Propagandist ist und die wirtschaftliche Praxis Leute unter ihm gestalten und die großen wirtschaftlichen Entscheidungen Leute über ihm treffen“.

Nell-Breuning faßte seine Enttäuschung über die Entwicklung der KAB

1958 in einem Brief an den Verbandspräsidenten Herrmann-Josef Schmitt zusammen: „Ich komme nicht darüber hinweg, daß die KAB dort stehen geblieben ist, wo sie in den 1920er Jahren stand, daß sie — kurz gesagt — den entscheidenden Durchbruch von Q.a. nicht mitgemacht hat. So wird in der KW (Ketteler-Wacht — Anm.) immer wieder als marxistisch angeprangert, was Pius XI. in Q.a. sagt: daß wir eine Klassengesellschaft haben, daß in dieser Klassengesellschaft ein ehrlich ausgetragener Klassenkampf nicht allein zulässig, sondern notwendig sei, die Arbeiterbewegung sich daher als Klassenbewegung und klassenkämpferisch verstehen muß.“

Im Hinblick auf das Verhältnis der KAB zur Einheitsgewerkschaft kritisierte er die Politik der „Nadelstiche“. Sein symbolkräftigstes Argument gegen die Befürworter einer christlichen Gewerkschaftsgründung in der KAB bestand im Hinweis auf die verheerenden Auswirkungen des innerkatholischen Gewerkschaftsstreites (1899-1918). Über Jahre hinweg hatte dieser Streit das katholische Lager gespalten, geschwächt und damit extrem belastet. Die Debatte der 50er Jahre verglich er damit.

Seine Kritik an der KAB war also eine dreifache: 1. Sie bezog sich zunächst auf die von der KAB verweigerte Zusammenarbeit mit ihm. 2. Dann bezog sie sich auf die theoretische Ebene: Hier monierte er, daß die KAB den Stand der kirchlichen Sozialtheorie nicht rezipiert habe. 3. Zuletzt kulminierte sie in der Kritik an der Ablehnung des Projektes Einheitsgewerkschaft. Durch die konkurrierenden Positionen in der Gewerkschaftspolitik sei eine gewisse Unvereinbarkeit gegeben: „Man kann nicht auf beiden Seiten der Barrikade zugleich stehen.“

Der Episkopat: Die Loyalität

Ähnlich problematisch wie zur KAB entwickelte sich das Verhältnis zu den Positionen der deutschen Bischöfe. Nell-Breuning setzte sich ausdrücklich für die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber Eingriffen von außen ein und bejahte innerkirchlich eine Aufwertung der Laien gegenüber den Klerikern. Auch wenn er selbst massiv auf die Gewerkschaften Druck ausübte, wies er die Bischöfe und Kleriker daraufhin, daß sie keine Berechtigung hätten in rein gewerkschaftlichen Fragen für die Laien zu sprechen.

Als einige Bischöfe 1952 bekundeten, sie seien 1945 gar nicht gefragt worden, ob sie die Einheitsgewerkschaften wünschten, vertrat Nell-Breuning die Auffassung: „Es geht nicht darum, ob der Episkopat der Errichtung der Einheitsgewerkschaft zugestimmt hat, worum er selbstverständlich nie gefragt worden ist, sondern darum, ob die Bischöfe die Mitgliedschaft der Katholiken in der EG „tolerieren“ bzw. „approbieren“; nur das fällt in ihre Zuständigkeit ...“.

Weil 1948 die kritischen Stimmen zur neuen Gewerkschaft evident zunahmen, beauftragte ihn der Limburger Diözesanbischof Dirichs mit einem Gutachten, das in der Bischofskonferenz zur Klärung beitragen sollte. Wenn auch unklar ist, welche Bedeutung dieses Gutachten für die bischöfliche Meinungsbildung besaß, so kann dies doch als ein Beleg dafür angesehen werden, daß die Positionen Nell-Breunings in den ersten Nachkriegsjahren noch eine gewisse Akzeptanz bei den Bischöfen fanden.

Im Frühjahr 1950 versuchte Nell-Breuning, Kardinal Frings davon zu überzeugen, daß die Kirche offensiver für die Einheitsgewerkschaft eintreten müsse: „Wir wissen nicht, welchen Weg die Einheitsgewerkschaft nehmen wird. Nur das wissen wir mit Sicherheit: wenn von uns keine ausreichende Kräftezufuhr erfolgt; wenn also die „anderen“ die Sache allein machen müssen, dann werden sie sie nicht nur ohne uns, sondern auch gegen uns machen“. In der Haltung des Klerus — so fuhr er in diesem Schreiben fort — sah Nell-Breuning die Gefahr, daß so die Einheitsgewerkschaft den „christentumsfeindlichen Mächten“ zugetrieben werde: „Die derzeitige Haltung eines großen Teiles des Klerus scheint mir das, was man befürchtet, geradezu mit zwingender Notwendigkeit herbeizuführen. Man hat Hemmungen gegen die Einheitsgewerkschaft, spielt mit dem Gedanken der Wiedererweckung der — einst mit so viel Bedenken angesehenen! — christlichen Gewerkschaften und schwächt dadurch den Einsatz unserer Kräfte, der allein die Einheitsgewerkschaft auf ihrer satzungsgemäßen Linie festzuhalten vermag“. Deshalb forderte Nell-Breuning den Kardinal auf: „es wäre angezeigt, den katholischen Arbeitern zu sagen, sie sollen in die Gewerkschaft hineingehen und sich für verantwortliche Arbeit in der Gewerkschaft schulen. Und dem hochwürdigen Seelsorgeklerus sagen, er solle nicht die Einheitsgewerkschaft „miesmachen“ und von christlichen Gewerkschaften träumen ...“. Kardinal Frings ließ sich überzeugen und rief am Vorabend des 1. Mai 1950 die katholische Arbeiterschaft auf, dem DGB beizutreten. Dies konnte

Nell-Breuning ebenso als ein Ergebnis seiner Bemühungen begreifen, wie die Gegnerschaft der Diözese Limburg, in der er lebte, gegen eine Christliche Gewerkschaft.

Im gleichen Maße, wie die Mehrheit der Bischöfe und Ordinariate die befürchteten Gefahren, die vom DGB für den Katholizismus ausgingen, in den Vordergrund stellten, verschlechterte sich auch die Bedeutung Nell-Breunings für diesen Kreis. Und seine Versuche, neben der Kritik, die er an den Gewerkschaften übte, immer auch noch positive Entwicklungen und Tendenzen herauszustellen, stießen auf zunehmende Ablehnung.

Das politische Handeln Nell-Breunings war geprägt von einer außerordentlichen Loyalität gegenüber seinem Orden, den Bischöfen und dem Papst. Sowohl vor wie auch nach der Gründung der Christlichen Gewerkschaften verzichtete er auf eine kritische Kontroverse und hielt sich an ein zweijähriges öffentliches Redeverbot zu diesem Problem. Er bat auch seine Ordensbrüder, sich daran zu halten, „... denn schließlich sind es die Schäflein der Bischöfe und nicht die unsrigen, die wir in Verwirrung bringen, wenn wir offen etwas sagen, was der Linie eines oder mehrerer Bischöfe zuwiderläuft.“ Um so größer war die Resonanz als er nach der Phase des Schweigens, im Jahre 1957, erstmals wieder einen öffentlichen Vortrag über die Gewerkschaftsproblematik hielt.

Der DGB: Gegen Links

Nell-Breuning analysierte drei politisch-weltanschauliche Strömungen im DGB der fünfziger Jahre: „einen breiten mittleren Block, umfassend eine sozialistische Mehrheit und eine christlich-soziale Minderheit, der für die Einheitsgewerkschaft entsteht...; einen christlich-sozialen Außenflügel, der zu Christlichen Gewerkschaften hinneigt, und einen schwer abzugrenzenden, vermutlich zahlenmäßig etwas stärkeren sozialistischen Außenflügel, der das Ausscheiden aller derjenigen Mitglieder wünscht, die die Gewerkschaft daran hindern, einen einseitig oder sogar radikal sozialistischen Kurs zu nehmen“. Seine strategischen Überlegungen verfolgten das Ziel den ersten Block enger zusammenzuschweißen. Deshalb stellte er ihre Gemeinsamkeiten gegenüber dem dritten Block in den Mittelpunkt seiner Argumentation und

nicht ihre Unterschiede. Im Hinblick auf den zweiten Block hegte er die Hoffnung, daß dieser wieder in den ersten Block zu integrieren wäre.

Während „bei den der SPD angehörenden führenden Gewerkschaftsfunktionären, insbesondere beim Bundesvorstand des DGB, von Marxismus nicht mehr viel übrig geblieben (sei) gehe die „viel größere Gefahr ... (von) den weltanschaulich und politisch höchst wendigen Intellektuellen in Diensten der Gewerkschaften“ aus. Die bedeutendsten intellektuellen Gegner von links, die, wie er, Einfluß auf die gewerkschaftliche Entwicklung zu nehmen versuchten, waren: Alfred Weber und Viktor Agartz. Nell-Breuning sah vor allem in Viktor Agartz die Personifizierung klassenkämpferischer Gewerkschaftspolitik. In diesem Sinne teilte Nell-Breuning die Gegnerschaft zu Agartz mit vielen führenden sozialdemokratischen und mit fast allen christlich-sozialen Gewerkschaftsfunktionären.

Nach dem Frankfurter DGB-Kongreß 1954 trat eine Konstellation ein, in der Oswald von Nell-Breuning seine Vermittlungsfähigkeiten nicht nur als deutender, sondern auch als eingreifender Intellektueller unter Beweis stellen konnte. Viktor Agartz forderte im Hauptreferat dieses Kongresses das politische Initiativrecht der Gewerkschaften für eine Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft sowie eine Ablehnung des Wehrbeitrages. Damit sprach er quasi eine „Kriegserklärung“ an die christlich-soziale und die sozialdemokratische Mehrheitslinie im DGB aus.

Im Anschluß an diesen Kongreß erfolgte von christlich-sozialer Seite eine in der Geschichte der bundesdeutschen Gewerkschaften beispiellose Offensive gegen einen führenden Sprecher des DGB, gegen Viktor Agartz. Ein Teil der Kritiker nutzte diese Mobilisierung zur Vorbereitung einer christlichen Sondergründung. Um dies zu verhindern, und gleichzeitig die DGB-Führung um Freitag sowie die Volksparteibefürworter in der SPD zu stärken, trat Nell-Breuning mit einer zugespitzten Polemik, wie sie die bundesdeutsche Gewerkschaftsöffentlichkeit kaum je zuvor gegenüber einem Gewerkschafter vernommen hatte, in die Offensive.

Vor den Werkgemeinschaften der christlichen Arbeitnehmer stellte er am 11. Januar 1955, in seinem Geschichte machenden Münchener Referat, die rhetorische Frage: „Wohin führt Agartz den DGB?“. Seine Antworten lauteten: „Dr. Agartz führt I. in einen Irrgarten staats-, gesellschafts- und wirt-

schaftspolitischer Wahnvorstellungen; II. er führt in den politischen und klassenkämpferischen Radikalismus; III. ...er führt in die Verantwortungslosigkeit; IV. er führt in die Spaltung des DGB“.

Die entscheidende Wirkung dieses Referates bestand in der Androhung einer Spaltung, die nicht zwischen christlich-sozialen und sozialistischen Arbeitnehmern verlaufen würde, sondern mitten durch die sozialdemokratisch orientierte Arbeitnehmerschaft. Mit diesem Referat unterstützte er die DGB-Führung in ihrem Kampf gegen Viktor Agartz. Die Katholiken, die an ihrer Mitgliedschaft im DGB Zweifel hegten, erlebten Nell-Breunings Intervention als deutliche Aufwertung ihrer Arbeit. Dies umso mehr, als sich zeigte, daß die Vorstellungen von Viktor Agartz im DGB keine Realisierungschancen besaßen und er sogar gegen Ende des Jahres 1955 aus den Diensten des DGB entlassen wurde.

Trotzdem konnte die Bewegung für eine christliche Gewerkschaft nicht gänzlich aufgehalten werden. Sie wurde aber geschwächt. In dem Münchener Vortrag argumentierte Nell-Breuning nicht ausdrücklich als Anwalt der christlich-sozialen Richtung im DGB. Vielmehr wurde er für einen Augenblick zum Sprecher aller derer, die sich bisher nicht öffentlich getraut hatten, ihre Vorbehalte gegen Viktor Agartz zu artikulieren. Im Bündnis mit der DGB-Spitze um Walter Freitag, ja in dieser spezifischen Konstellation sogar als ihr Sprecher, konnte er sein Renomee im katholischen wie im gewerkschaftlichen Lager verbessern. Der Erfolg war jedoch nicht von langer Dauer.

Die Christlich-soziale Kollegenschaft: Der Unterstützer

Er lehnte den Druck, der von KAB und Sozialausschüssen auf den DGB ausgeübt wurde ab, unterstützte aber die innergewerkschaftlichen Bemühungen der Christlich-Sozialen-Kollegenschaft (CSK). Hierbei handelte es sich um einen Zusammenschluß junger katholischer Gewerkschafter, unter der Führung des Jesuitenpaters Herbert Reichel. Diese Gruppe wirkte von 1952 bis 1960 innerhalb des DGB. Wegen ihres fraktionsähnlichen Status und aufgrund ihrer Gegnerschaft zur Christlichen Gewerkschaftsgründung war sie sowohl im DGB als auch im Katholizismus umstritten. Nell-Breuning

suchte sich schützend vor sie zu stellen, indem er ihre Arbeit öffentlich als Beitrag gegen „Radikalismus“ sowie zur Förderung des christlich-sozialen Gedankengutes im DGB herausstellte.

Das publizistische Organ der Kollegenschaft, die „Gesellschaftspolitischen Kommentare“, boten Nell-Breuning ein wichtiges Forum, über das er viel unmittelbarer auf die Gewerkschaftsdiskussion einwirken konnte, als über die außergewerkschaftliche Presse des Katholizismus. Konkrete Berührungspunkte gab es bei den Schulungswochenenden der CSK in Duisburg, bei Sitzungen des Zentralausschusses, zu denen er gelegentlich eingeladen wurde, und durch seine Mitgliedschaft im wissenschaftlichen Beirat. In der Kontroverse mit dem Agartz-Flügel gab es wohl das engste Zusammenwirken. Ansonsten waren der Zusammenarbeit zwischen Reichel und Nell-Breuning insofern Grenzen gesetzt, da ihr Bezug auf die Einheitsgewerkschaft von unterschiedlichen Grundpositionen ausging. Zudem wäre eine zu enge Kooperation auch kontraproduktiv für Nell-Breunings Ansehen im DGB wie auch im sozialen Katholizismus gewesen.

Seit 1958 wurde das Verhältnis zur Führung der CSK um Herbert Reichel immer angespannter und distanzierter. Daß Nell-Breuning schwieg, als die Kollegenschaft im Oktober 1960 auf Betreiben von Herbert Reichel das „Experiment Einheitsgewerkschaft“ für gescheitert erklärte, liegt ganz auf der Linie seines kirchen- und ordenloyalen Verhaltens. Hinzu kam noch, daß sein Verhältnis zum DGB in dieser Zeit sehr angespannt war.

Zwischen den Barrikaden: Der Vermittler

Für seine Vermittlungsrolle zwischen Katholizismus und DGB waren Unabhängigkeit und Distanz entscheidende Voraussetzungen. Es durfte nicht der Eindruck entstehen, als existiere eine quasi mechanische Solidarität zwischen Nell-Breuning und dem DGB.

Den stärker werdenden Spannungen zwischen DGB und Katholizismus seit 1952 versuchten Kirchen- und Gewerkschaftsvertreter durch offizielle Gespräche entgegenzutreten. In den sogenannten „Konfessionsgesprächen“ (1953/1954) wurden die unterschiedlichen Grundvorstellungen dargestellt

und Lösungswege ausgetauscht. Nell-Breuning, der an all diesen Gesprächen engagiert beteiligt war, hoffte, daß hiermit eine Form gefunden sei, mit der die Spannungen zwischen den katholischen Verbänden und dem DGB ausgeräumt werden könnten. Im Bundesvorstand des DGB unterstrich der DGB-Vorsitzende Walter Freitag die Bedeutung Nell-Breunings für diese Gespräche: „vor allem Prof. von Nell-Breuning (sei es) gewesen, der bei diesen Gesprächen vorzügliche und für den DGB wertvolle Gedanken entwickelt hat“. Umso mehr war er enttäuscht, daß von katholischer Seite, im Anschluß an den Frankfurter DGB-Kongreß 1954, diese Gespräche für gescheitert erklärt wurden.

Dem Katholizismus mußte er andere Anknüpfungspunkte aufzeigen als den Gewerkschaften. Neben dem Hinweis auf die eigenen Erfahrungen mit den verherrenden Auswirkungen des Gewerkschaftsstreites betonte er in der innerkatholischen Diskussion die gemeinsame Wertebasis von Katholizismus und DGB. Im ausgesprochenen Gegensatz zum Kommunismus gingen beide von den Grundwerten der Menschenwürde, Freiheit und Gerechtigkeit aus. Gegenüber den Führern des DGB akzentuierte er die Gefahr der Spaltung.

3. Resümee

Sein hohes Ansehen, das er bei der Gewerkschaftsmehrheit besaß, korrespondiert in dieser Auseinandersetzung mit einer prekären Situation im Katholizismus. Bei den Gewerkschaften basierte sein Ansehen vor allem darauf, daß er von allen einflußreichen Interpreten der katholischen Soziallehre, ihre konkrete Anwendung am weitesten in Richtung gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Politik vollzog. Zudem war er ein wichtiger symbolischer Bezugspunkt.

Die Möglichkeit den Gewerkschaften entgegenzukommen, war über die eigenen Optionen und Situationseinschätzungen hinaus immer auch abhängig von der Loyalität zu seiner Kirche. So hat er viele Angriffe, die gegen ihn in der Öffentlichkeit vorgetragen wurden, unwidersprochen gelassen, um Kirche und Katholizismus nicht zu starken Belastungen auszusetzen.

* Erweiterte Fassung eines in der Orientierung Nr. 3 (1990) erschienenen Artikels. Wichtige Grundlagen, auf denen dieser Aufsatz basiert, sind: Schroeder, W. (1990a); ders. (1990b). Dort sind auch die wichtigsten Quellenangaben zu finden.

Matthias Möhring-Hesse

Staatsbürgerkunde für Katholiken

„Katholische Soziallehre“ made-by-Nell-Breuning

Noch im 19. Jahrhundert geboren, begleitete Oswald von Nell-Breuning die Entwicklung der Bundesrepublik als einer ihrer „Alten“. Und erst sein Alter verlieh seinem intellektuellen Habitus und öffentlichen Auftreten eine entsprechend glaubwürdige und passende Aura als warnender Lehrer, als erfahrener Berater und als geduldiger Erzieher der Jüngeren. Mit Verweis auf seinen Altersvorsprung wies Nell-Breuning etwa einen angehenden Gewerkschaftssekretär, der mit dem Jesuitenpater als Dozenten an der Frankfurter Akademie der Arbeit nur wenig anzufangen wußte, zurecht: „Ich habe in meinem Leben schon mehr vergessen, als sie jemals wissen werden.“ So hielt er die Jüngeren an, das Alter zu ehren und die „katholische Soziallehre“ made-by-Nell-Breuning zu achten. Als ein „Nestor katholischer Soziallehre“ trat er Zeit seines Lebens auf — auch wenn ihm erst später dieser Ehrentitel allgemein zuerkannt wurde.

Nell-Breuning begleitete die Entwicklung der westdeutschen Republik als einer ihrer wichtigsten kirchlichen Intellektuellen. Dabei wurden die Anliegen seiner Soziallehre nicht durch die Erfahrung von Faschismus und Krieg geprägt; das Scheitern der ersten deutschen Demokratie, die nazi-deutsche Terrorherrschaft und das Versagen der Kirchen im Hitler-Regime tauchen in seinem Denken seltsam unter. Stattdessen greift Nell-Breuning auf Erfahrungen aus dem Kaiserreich und der Weimarer Republik zurück und entreißt das Versagen seiner Kirche in diesen Epochen dem Vergessen: katholische Kirche und „politischer Katholizismus“ hätten sich zu spät und nicht entschieden genug mit der ökonomischen und politischen Entwicklung moderner Gesellschaften auseinandergesetzt. Die Folge davon sei — so Nell-Breuning — die gesellschaftliche Marginalisierung der katholischen Christen sowie die Entfernung der Kirche von der Arbeiterschaft. Um diese Fehler der Vergangenheit in der sich entwickelnden Bundesrepublik zu vermeiden, lautet der Appell Oswald von Nell-Breunings an Kirche und katholische Christen: „Mitmachen!“

Geprägt wurde seine Soziallehre durch die Konflikte und Probleme des „politischen Katholizismus“ im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, gesellschaftlich relevant wurde sie nach der Konstitution der Bundesrepublik: um die Revitalisierung eines „politischen Katholizismus“ zu verhindern und die katholischen Christen in das bundesrepublikanische Projekt einer pluralen Demokratie einzugliedern. Vielleicht muß Oswald von Nell-Breuning dabei wirkungsgeschichtlich weniger als ein innovatorischer Vordenker, sondern eher als eine kirchliche Autorität für jene katholischen Christen gelten, die aus den engen Fesseln eines geschlossenen „politischen Katholizismus“ ausbrachen und dazu in der „katholischen Soziallehre“ von Nell-Breuning kirchliche Legitimation fanden. Denn der „Nestor katholischer Soziallehre“ bricht zwar mit der Tradition des „politischen Katholizismus“, ohne sie jedoch eigentlich zu verlassen. Er vermittelt diese kirchliche Tradition mit gesellschaftspolitischen Reformvorhaben einer pluralen Demokratie jenseits katholischen Denkens. Die „katholische Soziallehre“ von Oswald von Nell-Breuning begreife ich daher als einen sanften Übergang von einer lehramtlich fixierten katholischen Gesellschaftslehre zu einer kirchlichen Soziallehre von politisch engagierten Christen, die für gesellschaftliche Veränderungen sozialer Gerechtigkeit jenseits des „politischen Katholizismus“ eintreten — und auf mündige Art Politik aus dem Glauben, statt Politik nach kirchlicher Lehre treiben.

Die Wurzeln der „katholischen Soziallehre“ von Oswald von Nell-Breuning liegen also im „politischen Katholizismus“, der geschlossenen Formierung des politischen Engagements katholischer Christen gegenüber den gesellschaftlichen Entwicklungen der Moderne (1.). In einer Art „einfügender Opposition“ zu dieser katholischen Tradition versucht seine Soziallehre, die eigenständige und eigenverantwortliche politische Praxis von katholischen Christen in der pluralen Demokratie zu begreifen (2.). Damit bietet Nell-Breuning der Soziallehre seiner Kirche einen sanften Abschied aus dem „politischen Katholizismus“ an (3.), den unter heutigen Bedingungen nachzuvollziehen m.E. den endgültigen Verzicht auf eine „katholische Soziallehre“ und stattdessen eine gemeinsame Reflexion politisch engagierter Christen und ihrer Kirche verlangt (4.).

1. Deutscher Katholizismus und moderne Gesellschaft

Oswald von Nell-Breuning wurde in einer Phase epochaler Umbrüche der deutschen Gesellschaft geboren, die sich als bürgerliche Gesellschaft konstituiert und die kapitalistische Organisation ihrer Ökonomie durchsetzt. Hineingeboren wurde er zugleich in eine Kirche, die angesichts dieser gesellschaftlichen Umbrüche heillos überfordert war. Die Konflikte um die kirchliche Einschätzung der gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse und die Kontroversen um die richtige „katholische Politik“ registrierte der junge Oswald von Nell-Breuning genau und prägten seine „katholischen Soziallehre“.

Mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft sowie der kapitalistischen Produktionsweise geriet Ende des 19. Jahrhunderts auch in Deutschland endgültig eine feudale Gesellschaftsordnung ins Wanken, für das die katholische Glaubenslehre bis dahin die „letzten Gründe“ angegeben und dessen Legitimität sie bezeugt hatte. Die gesellschaftlichen Modernisierungsprozesse brachten damit das „Weltliche“ derart durcheinander, daß der katholische Glauben diese „Welt“ nicht mehr verstand. Die kontinuierliche Zerstörung feudaler Bindungen und die formalrechtliche Individualisierung der Menschen brach mit den traditionellen Orientierungen katholischer Weltdeutung von einer wohlgeordneten Gesellschaft: Nun sei niemand mehr an seinem Gott gefälligen Platz, jeder verfolge nur noch seine Zwecke und mißachte vorgegebene Sittengesetze und Autoritäten. Die bürgerliche Gesellschaft zerfalle in heillosen Anarchie. Als Symptom der zerfallenden Ordnung galt die kapitalistische Klassengesellschaft und die materielle, vor allem aber „geistliche“ Verarmung der Lohnabhängigen. Ein Auseinanderfallen der Gesellschaft in zwei asymmetrische Klassen hatte es in der „christlichen Welt“ des Mittelalters nicht gegeben. Eine derart verklärte Vergangenheit einer katholisch geprägten Gesellschaft orientierte die kirchliche Reaktion auf die neuen Verhältnisse. Die katholische Kirche igelte sich angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen in ein „anti-modernistisches“ Ghetto ein, suchte sich am Rande — wenn schon nicht außerhalb — der modernen Welt einzurichten. Diese kirchliche Selbstausgrenzung ist für Nell-Breuning der eigentliche Grund für die gesellschaftliche „Inferiorität“ des Katholischen in der modernen Gesellschaft. Statt die gesellschaftliche Entwicklung kritisch zu begleiten und auf diese gestaltend Einfluß zu nehmen, reagierte die katholische Kirche mit einer sondergesellschaftlichen Absonderung alles Katholischen.

Politisch versteifte sich die katholische Kirche dabei auf die Forderung, die alte und einzig legitime Ordnung der katholischen Welt wiederherzustellen. Doch nicht nur die alte Ordnung war gefallen, zugleich verlor die Kirche noch ihr Monopol auf politische Legitimität. Die Legitimationsgrundlagen politischer Praxis und Herrschaft wurden mit dem Entstehen einer politischen Öffentlichkeit säkularisiert und damit der kirchlichen Verwaltung entzogen. Nicht das von Gott Gewollte, sondern das gesellschaftlich Anerkannte wurde nun in der säkularisierten Öffentlichkeit als das Gerechte und Gesollte behauptet. Die Grundlagen politischer Legitimität lagen nicht mehr außerhalb der Gesellschaft im göttlichen Willen oder in letzter Metaphysik, sondern ergaben sich aus den Einigungsprozessen der Gesellschaftsmitglieder selbst. Die katholische Welt der Vergangenheit ließ sich also mit katholischer Autorität und lehramtlicher Dogmatik nicht länger verbindlich machen.

Die Prozesse der gesellschaftlichen Modernisierung und der politischen Säkularisierung setzten politische Orientierungen unabhängig von kirchlichen Lehräußerungen frei. So verhinderten sie schon prinzipiell einen katholischen Glaubensstaat nach mittelalterlichem Vorbild. Dem kirchlichen Lehramt wurde der autoritative Zugang zur politischen Öffentlichkeit verwehrt. Nur noch die Mitglieder der katholischen Kirche ließen sich an die klerikale Autorität binden. Die katholischen „Laien“ wurden daher als Medien der kirchlichen Politik entdeckt: der „politische Katholizismus“ ward geboren! Indem sich ihre Kirche als die einzige geschichtliche Quelle göttlichen Heils ausgab, wurden alle katholischen Christen darauf verpflichtet, Einfluß auf die säkularisierte Politik zu nehmen — mit der Zielvorgabe, die Existenz ihrer Kirche zu sichern, sowie die soziale Relevanz der kirchlichen Lehre wiederherzustellen. So wurden sie angehalten, die kirchlichen Besitztümer, die konfessionellen Schulen oder auch das kirchliche Eherecht gegen staatliche Macht zu verteidigen. Da aber die Legitimationsgrundlagen der politischen Herrschaft säkularisiert und in den politischen Auseinandersetzungen kirchlich-theologische Argumente nicht länger als politische Argumente akzeptiert wurden, entließ das katholische Lehramt „seine“ Laien in die weltliche Politik: mit klerikal definierten Zielen und laikalen Kompetenzen ihrer politischen Verwirklichung. Der „politische Katholizismus“ galt als das politische Einfallstor der Kirche in eine ent-christlichte Welt mit dem Auftrag, sie zu verchristlichen und die (vermeintlich) alte Ordnung des katholischen Glaubensstaates wiederherzustellen.¹

Wenigstens der theologisch vertrauten Monarchie konnte die Kirche und sollten ihre Mitglieder noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts verfassungstreu ergeben bleiben. Von der demokratischen Republik wurde die katholische Kirche und der „politische Katholizismus“ dann überrollt. An den revolutionären Erhebungen gegen die kirchlich legitimierte Monarchie waren sie unbeteiligt. Und auch nach Vollendung republikanischer Tatsachen konnten sich Kirche und Katholizismus für ein demokratisches Staatsverständnis mehrheitlich nicht begeistern. Stand bereits die demokratische Staatsorganisation gegen göttliches Recht, war die umfassendere Vorstellung demokratischer Vergesellschaftung — die Selbstregulierung der gesellschaftlichen Beziehungen durch alle Gesellschaftsmitglieder in sozialen Auseinandersetzungen — vollkommen verwerflich: wie der Klerus in der Kirche, herrsche der Mann in der Familie, der Unternehmer im Betrieb und die Staatsorgane über die Gesellschaft. Für das politische Projekt einer „Demokratisierung der Gesellschaft“ stand Kirche und Katholizismus nicht zur Verfügung. Doch war die katholische „Anhänglichkeit an den monarchischen Staat ... allerdings realistisch genug, sich nicht der Täuschung hinzugeben, er lasse sich wiederherstellen; man fand sich mit der Demokratie ab.“² Der kirchlich erwünschte katholische Glaubensstaat wurde Weimar also nicht. Und die Demokratie war augenscheinlich kein geeigneter Weg zu seiner Errichtung. So weinten 1933 nach Zerschlagung der ersten deutschen Republik weder der Episkopat noch die Mehrheit der katholischen Christen dem demokratischen Staat und seinen liberalen Freiheitsrechten auch nur eine Träne nach.

Nach der militärischen Zerschlagung der deutschen Nazi-Herrschaft „verordneten“ die westlichen „Siegermächte“ ihren drei Besatzungszonen Demokratie. Doch so wie die militärische Niederlage nicht als Befreiung vom Faschismus begriffen wurde, entsprach auch der staatlichen Konstitution der Bundesrepublik keineswegs ein politischer Wille westdeutscher Demokraten. Nach dem Weimarer Desaster demokratischer Partizipation sowie der politischen Demoralisierung durch das nationalsozialistische Terror-Regime standen die neuen BundesbürgerInnen ihrer demokratischen Republik mehrheitlich eher indifferent gegenüber. Die katholischen Christen waren da wohl keine Ausnahme! Ohne große Begeisterung für große Ideen machte die bundesdeutsche Gesellschaft mehrheitlich mit, was die Alliierten von ihr verlangten: eine ökonomische und politische Ordnung nach westlichem Muster. Die politische Konstitution der Bundesrepublik als demokratisches